

EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2023



Schluss mit unkontrollierter Zuwanderung 3

Kurswechsel in der Asylpolitik unumgänglich.



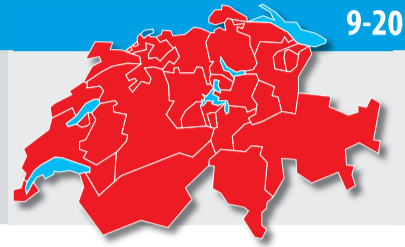
Stopp Genderwahn und Klimakleber 7

Reden, Schreiben, Essen: So will uns Links-Grün umerziehen.



Kanton Basel-Stadt 9-20

Alles Wissenswerte zu den National- und Ständeratswahlen.



Keine 10-Millionen-Schweiz!

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht?

Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Wollen wir einfach zuschauen, wie jedes Jahr rund 80'000 Personen zusätzlich in unsere kleine Schweiz kommen? **Wollen wir eine zubetonierte 10-Millionen-Schweiz?** Oder wollen wir wieder selber bestimmen, wer in unser Land kommt und wer nicht? So kann es nicht weitergehen oder unsere schöne Schweiz geht kaputt. Allein der Bund gibt dieses Jahr über 4 Milliarden Franken für

das Asylwesen aus. **Das sind 450 Steuerfranken, die jeder von uns bezahlen muss!** In einem Jahr! Dazu kommen die Kosten in den Kantonen für Wohnungen, Krankenkasse, Sozialhilfe, Strafvollzug. Diese mehrheitlich jungen Asyl-Männer aus Afrika und arabischen Ländern leben auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Wollen wir das? Dabei können viele

Schweizerinnen und Schweizer ihre Krankenkassenprämien und Mieten kaum mehr bezahlen. Klima-Kleber, Gender-Terror, links-grüner Verbotswahnsinn: **Radikale Minderheiten wollen uns vorschreiben, wie wir zu leben haben.** Ob wir noch Fleisch essen dürfen. Wo wir unsere Ferien verbringen. Sie wollen uns das Autofahren verbieten und keine Männer mehr

auf Strassenschildern zulassen. Sie versuchen, schon Kinder und Schüler mit ihren abstrusen Ideen zu beeinflussen. Dabei kann rund ein Viertel der Schulabgängerinnen und Schulabgänger nicht mehr richtig lesen, schreiben und rechnen. Welche Schweiz wollen wir? Masslose Zuwanderung, Asyl-Chaos, Energiekrise, massiv steigende Preise, Wohnungs-

not, Probleme an den Schulen, zunehmende Gewalt auf den Strassen? Oder eine Schweiz, in der sich Frauen, Kinder und Jugendliche sicher und frei bewegen können, in der sich Arbeit lohnt, in der Asylschmarotzer und Kriminelle das Land verlassen müssen? **Wir als Volkspartei haben gewählt: Wir stehen ein für eine sichere Zukunft in Freiheit.**



In den Ständerat
Pascal
Messerli

Für eine
sichere Zukunft
in Freiheit!



Für eine
sichere
Zukunft
in Freiheit



Andrina Trachsel,
Mutter von drei Kindern, Feuerthalen (ZH)

«Als Mutter von drei Kindern wünsche ich mir gute Schulen statt Gender-Wahn und eine Schweiz, die stolz auf ihre Traditionen und Werte ist. Dafür steht die SVP!»

Deshalb
wähle ich am
22. Oktober



Richtungswahl für eine sichere Zukunft in Freiheit

Ein erneuter Links-Rutsch muss am 22. Oktober unbedingt verhindert werden. Sonst geht unser schönes Land kaputt. Gewinnt die SVP, gewinnt die Schweiz.



Nationalrat **Marcel Dettling**,
Wahlkampfleiter SVP Schweiz, Landwirt,
Oberiberg (SZ)

um die SVP als stärkste Partei die verheerende links-grüne Politik nicht stoppen kann. **Die Erklärung:** Wir haben zwar die grösste Fraktion im Bundeshaus, können aber wenig ausrichten, solange die anderen Parteien von Links bis zur Mitte unter einer Decke stecken. Darum ist es entscheidend, dass wir neue Mehrheitsverhältnisse schaffen.

**Gehen Sie
am 22. Oktober wählen.
Für eine sichere Zukunft
in Freiheit.**



Mehr SVP, damit die Schweiz Schweiz bleibt.

In welche Richtung bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren? Wollen wir eine Verbots-Schweiz mit immer mehr Vorschriften, Bevormundung und Umerziehung? Wollen wir immer höhere Steuern und weniger Geld zum Leben? Wollen wir noch mehr Klimakleber auf den Strassen und noch mehr Gender-Tage an unseren Schulen? Wollen wir weiterhin eine ungebremste Zuwanderung, das totale Asylchaos und eine 10-Millionen-Schweiz? Das alles – und noch viel mehr – passiert, wenn die Linken und Grünen im Herbst erneut triumphieren.

Zu diesem Katastrophenszenario gibt es nur eine Alternative: Die SVP muss gestärkt werden. Besorgte Bürger fragen mich manchmal, war-

Das droht bei einem Wahlsieg von Links-Grün

Asylchaos ohne Ende

Offene Grenzen, noch mehr Asylschmarotzer und zusätzliche Milliardenkosten: Das blüht uns bei einem Wahlsieg der Linken. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider will sogar Asylanten direkt in die Schweiz einfliegen. Ihre Partei, die SP, fordert die Aufnahme von Asylmigranten aus aller Welt unabhängig vom Asylstatut – aber mit vollem Zugang zu unserem Sozialstaat.

Klima- und Verbotswahn

Die links-grüne Klimapolitik ist ein Desaster: Wir haben zu wenig Strom und die Energiepreise explodieren. Das sogenannte «Klima-Gesetz» haben die Befürworter mit der Lüge durchgebracht, es werde keine Verbote und neue Abgaben geben. Noch am Abstimmungssonntag liessen Cédric Wermuth (SP) und Balthasar Glättli (Grüne) die Maske fallen und kündigten umgehend neue Verbote an.

Ausverkauf der Heimat

Gewinnen die Linken und Grünen die Wahlen, werden sie die Schweiz in die EU und in die Nato führen. Die Neutralität wollen sie abschaffen und Schweizer Waffen und Munition in Kriegsgebiete liefern. Damit gefährden sie unsere Sicherheit, unseren Frieden und unsere Stabilität – und verkaufen unsere Heimat. Dem gilt es entschieden entgegen zu treten. Kämpfen wir für eine sichere Zukunft in Freiheit.

Mit der SVP die Sicherheit stärken

In Europa herrscht Krieg. Doch die Armee kann die Schweiz nicht mehr verteidigen. Auch die innere Sicherheit ist in Gefahr. Nur wer die SVP wählt, macht unser Land wieder sicher.



Ständerat **Werner Salzmann**, Präsident
der Sicherheitspolitischen Kommission
des Ständerates (SIK-S), Mülchi (BE)

Was für ein böses Erwachen! Es herrscht wieder Krieg in Europa – mit Infanterie-Waffen, Panzern, Artillerie und Kampfflugzeugen.

Der Schock sitzt tief. Aber es ist ein heilsamer Schock. Nun ist endlich auch dem Hintersten und Letzten klar, dass mit dem Mauerfall von 1989 nicht der ewige Friede ausgebrochen ist.

Kriege, auch konventionelle, sind jederzeit möglich. Darauf muss die Schweiz vorbereitet sein.

Armee wurde kaputtgespart

Die Armee wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch kaputtgespart. Sie hat ihre Verteidigungsfähigkeit eingebüsst. 1990 wurden noch 1,6% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in die Armee investiert, 2019 waren es nur noch 0,7%. Wir geben heute mehr Geld aus für das Asylwesen als für die Landwirtschaft.

Das muss schleunigst korrigiert werden, wie es die SVP als einzige Partei seit Jahren fordert. Das Parlament ist endlich erwacht und will bis 2030 das Armeebudget wieder auf mindestens 1% des BIP erhöhen. Ein wichtiger und notwendiger Schritt, damit die Armee die Vollausrüstung der bestehenden Strukturen erreicht und Planungssicherheit für die Erneuerung der Systeme erhält.

Die Schweiz ist kein sicheres Land mehr

Nicht zu vernachlässigen ist auch die innere Sicherheit. Die Kriminalität ist stark angestiegen. Einbrüche, Diebstähle, Gewalt, Drohungen, Vergewaltigungen, Randalen wie kürzlich in Lausanne, die importierte Ausländerkriminalität haben die Schweiz

unsicher gemacht. Mit der Preisgabe der Neutralität gefährden wir Frieden und Stabilität zusätzlich.

Dieser sicherheitspolitische Schlendrian muss ein Ende haben. Das können wir nur erreichen, wenn wir am 22. Oktober die SVP wählen. Für eine sichere Schweiz!



Editorial

Welche Schweiz wollen wir?



Liebe Schweizerinnen
Liebe Schweizer

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht? Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Ich mache mir Sorgen. Im Juni kamen meine Frau und unser Sohn abends nach Hause. Im Garten befanden sich zwei Nordafrikaner. Sie hatten bereits das Auto ausgeräumt. Die Männer waren aus der nahen Asylunterkunft.

Das ist nur einer von vielen Vorfällen in der Schweiz. Wir von der SVP kritisieren schon lange: Diese Leute haben nichts mit Asyl zu tun. Sie kommen mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Bei der grossen Mehrheit handelt es sich um junge Männer aus afrikanischen und arabischen Ländern. Sie suchen sich ihr Asyl-Land aus. Zum Beispiel die Schweiz. Weil sie wissen: Hier gibt es Sozialleistungen und sie können bleiben – dank der linksgrünen Asyl-Industrie. Wer diese Missstände ändern will, wählt SVP.

Unser Wohlstand ist nicht selbstverständlich

Ich mache mir Sorgen um unsere Schweiz. Jedes Jahr kommen rund 80'000 Personen zusätzlich in unser Land. Das entspricht der Bevölkerung des Kantons Schaffhausen oder des Kantons Jura. Man stopft jedes Jahr zusätzlich 80'000 Menschen in unser kleines Land. Ich frage Sie: Wollen wir eine 10-Millionen-Schweiz? Noch mehr Beton? Noch mehr Kriminalität? Staus? Kaum mehr bezahlbare Wohnungen? Klassenzimmer ohne Schweizer Kinder?

Welche Schweiz wollen wir? Wir leben in einem wunderbaren Land. Aber unser Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Freiheit sind nicht selbstverständlich. Als Präsident der SVP kann ich Ihnen versichern: Wir setzen uns für die Schweiz ein. Wir lassen uns auch nicht einschüchtern und nennen Probleme beim Namen.

Wir setzen uns für all jene ein, die etwas leisten in unserem Land und Verantwortung übernehmen. Sei es im Beruf oder in der Familie und für sich selbst. Tragen wir gemeinsam Sorge zu unserer Heimat.

Mit besten Grüssen



Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz, Ruvigliana (TI)

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'231'479 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

**Für eine sichere
Zukunft in Freiheit
SVP wählen!**



Die unkontrollierte Zuwanderung zerstört die Zukunftschancen unserer Kinder!

So sieht der Alltag in vielen Klassenzimmern in der ganzen Schweiz aus. Beispiel einer Schulklasse mit 24 Schülerinnen und Schülern in einer Realschule: 1/3 der Schüler hat Sprachprobleme, 1/3 Lernstörungen, 1/3 ist verhaltensauffällig oder verweigert häufig jede Kooperation. So ist sinnvolles Unterrichten und Lernen nicht mehr möglich. Darunter leiden alle leistungsbereiten Kinder, denn ihnen wird damit eine gute Ausbildung verunmöglicht!

Schweizer Kinder in Minderheit 11.00 Uhr
In Genf sind 45% der Schülerinnen und Schüler fremdsprachig. Im Aargau haben 68% der Kinder unter 7 Jahren einen Migrationshintergrund.

Krisensitzung statt Mittag 12.00 Uhr
Schulleitung, Schulpsychologin und Polizei – eine Schülerin hat einen Schweizer Freund und wird von ihrer Familie bedroht.

Ein Viertel kann nicht richtig lesen 13.45 Uhr
Gemäss PISA-Studie kann ein Viertel der Schweizer Schüler nicht richtig lesen und versteht Textaufgaben nicht. Besonders in Klassen mit hohem Migrationsanteil.

Verdacht auf Zwangsehe 10.15 Uhr
Nach den Sommerferien erscheint ein türkisches Mädchen nicht mehr im Unterricht. Offenbar wurde sie in ihrer Heimat verheiratet.

Tausende Heilpädagogen 15.00 Uhr
A. fehlt – er hat einen Termin vor Jugendgericht. Erziehungsberatung und Psychiater sind eingeschaltet. Einweisung in Wohngruppe beantragt. Kosten muss Gemeinde übernehmen. In der Schweiz gibt es rund 6000 Heilpädagogen. Dazu kommen Logopädinnen, Förderlehrer für fremdsprachige Kinder, Schulpsychologinnen usw.

Schüler schlägt Lehrer 9.30 Uhr
Ein Sek-Schüler in Pruntrut ist während des Unterrichts eingeschlafen. Als er geweckt wird, schlägt der Jugendliche dem Lehrer mit voller Wucht ins Gesicht. Jede zweite Lehrperson im Kanton Jura hat bereits Gewalt erlebt.

Verbot von Weihnachtsliedern 16.30 Uhr
Mail an alle Lehrpersonen: Die Schulleitung verbietet christliche Weihnachtslieder. Aus «Rücksicht gegenüber anderen Kulturen und Religionen».

Integration um jeden Preis 7.45 Uhr
Alle werden in eine Klasse gestopft: Kinder mit Behinderungen, Problemschüler, fremdsprachige Kinder. Diese linksgrüne Ideologie der Gleichmacherei («Inklusion») macht die anderen Schüler zu Bildungs-Verlierern.

Desinteressierte Eltern 19.00 Uhr
Mutter von D. wieder nicht zur Sprechstunde erschienen. Somali-Dolmetscher wieder vergebens aufgebeten – bezahlen müssen wir ihn trotzdem.

Aus dem Leben von Lehrpersonen in der Schweiz

Asylpolitik: Kurswechsel ist unumgänglich

Bald 40'000 Asylgesuche, überlastete Gemeinden und überforderte Behörden: Die Situation im Migrationsbereich ist desolat. Selbst die EU diskutiert eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Doch in Bundesbern bewegt sich nichts. Wann übernimmt der Bundesrat endlich Verantwortung?



Nationalrat und Ständeratskandidat **Gregor Rutz**, Mitglied Staatpolitische Kommission, Zürich (ZH)

Die weltweiten Migrationsbewegungen nehmen massiv zu. Hunderttausende strömen nach Europa. Wer so weit reist, tut dies meist aus ganz klaren Gründen. Diese Zuwanderer stossen zwar auf der Asylschiene zu uns, sind aber Wirtschaftsmigranten. Sie hoffen auf bessere Perspektiven und mehr Wohlstand. Und sie wissen: Wer einmal in der Schweiz ist, kann hier bleiben. Auch ohne Asylgrund werden sie nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt. Dauerhafter Aufenthalt in Europa ist garantiert – soziale Hängematte inklusive.

Wer einmal hier ist, kann bleiben

In den letzten 20 Jahren wurden 100'690 Personen trotz abgelehntem Asylgesuch «vorläufig aufgenommen». Fast alle sind noch hier: rund 7'000 haben sogar den Schweizer Pass erhalten! Die meisten Asilmigranten bleiben für immer hier – und unser Asylsystem bietet die Voraussetzungen dazu.

Die Behörden schauen weg und tun nichts, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Seit Jahren geben wir enorme finanzielle Mittel für den Vollzug des Asylrechts aus, können aber kaum beeinflussen, wer in die Schweiz kommt: «Damit gelangen Personen zu einem kürzeren oder längeren Aufenthalt in die Schweiz, die man eigentlich mit Blick auf den Arbeitsmarkt und auf ihren gesellschaftlichen Hintergrund gar nicht hier haben möchte» (NZZ, 12.2.2003). In einem Satz: Es kommen zu viele und die Falschen.

Neuausrichtung der Asylpolitik

Mit verfahrenstechnischen Änderungen sind die Probleme im Mi-

grationsbereich nicht mehr zu bewältigen. Unsere Gesetze sind veraltet. Wir müssen grundsätzlich umdenken. Potenzielle Migranten dürfen keinen Anreiz mehr haben, nach Europa zu kommen. Dazu gehört die Auslagerung von Asylverfahren.

Die EU will die Verfahren künftig an der Schengen-Aussengrenze durch-

führen. Ob dies reicht, ist fraglich. Erfolgsversprechender scheint der Weg Grossbritanniens, sämtliche Verfahren in Ruanda abzuwickeln. So will die britische Regierung illegale Einwanderer von der Überfahrt auf dem Ärmelkanal abschrecken. Auch die Schweiz muss die Auslagerung der Asylverfahren angehen. Nur so können wir das kriminelle Schlepper-

wesen und den organisierten Menschenhandel stoppen.

Wenn wir konsequent die Hilfe vor Ort ins Zentrum rücken, kann Bedürftigen gezielter geholfen werden. Hilfe und Schutz bedeuten nicht gleichzeitig Aufnahme – von dieser überholten Annahme gilt es sich zu lösen.

Asylbewerber vergewaltigt Frau (46) in Basler WC-Anlage

Im Februar soll sich ein Mann aus Ostafrika in einer öffentlichen Toilette in Basel an einer betrunkenen Frau vergreifen haben. Unfassbar: Da der Beschuldigte bereits wegen sexueller Belästigung verurteilt wurde, hätte er sich gar nicht im Kanton aufhalten dürfen.



Quelle: Blick, 10. Juli 2023

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am **22. Oktober**



Die Partei des Mittelstandes

Die masslose Zuwanderung der letzten 15 Jahre hat die Lage für die Schweizer Bevölkerung in fast allen Lebensbereichen massiv verschärft:

Zubetonierung der Landschaft

Die Zubetonierung unserer Landschaft geht einher mit einem massiven Verlust von Landwirtschaftsflächen. Täglich werden in der Schweiz 9 Fussballfelder neue Siedlungsflächen überbaut. Gleichzeitig verschwinden jeden Tag 13 Fussballfelder an Wiesen und Landwirtschaftsland. Das führt zu einer Zersiedelung – und zu einer Schwächung der Versorgungssicherheit mit einheimischen und gesunden Nahrungsmitteln.

Für jeden sichtbar ist die dramatische Veränderung der Schweiz in wenigen Jahrzehnten. Das Mittelland ist in weiten Teilen einer Überbauungsorgie zum Opfer gefallen. Kein Wunder, wenn die Bevölkerung pro Jahr um rund 80'000 Personen wächst – hauptsächlich aufgrund der masslosen Zuwanderung. 80'000 Personen mehr pro Jahr heisst: Man stopft jedes Jahr den Kanton Schaffhausen zusätzlich in die Schweiz – und wundert sich über verschwindende Grünflächen. Es wird eng, laut und grau in unserem Land.



Überlastetes und teures Gesundheitswesen

Auch hier sorgt die masslose Zuwanderung für steigende Kosten. Die 180'000 Personen, die letztes Jahr zusätzlich in die Schweiz gekommen sind, beanspruchen Ärzte, Zahnärzte, Spitäler, Altersheime und so weiter. Damit ist auch klar: Der Fachkräftemangel, namentlich im Gesundheitswesen, ist selbstverschuldet.



Wohnungsnot

Aufgrund der ungebremsten Zuwanderung gibt es kaum mehr freie und bezahlbare Wohnungen in unserem Land. Darunter leiden besonders Normalverdiener, Familien, Alleinerziehende und Senioren.



Netto-Zuwanderung EU, Drittstaaten, Asyl und Schutzstatus 2022: plus 180'000 Personen in einem Jahr!

Dazu kommen 52'000 illegale Einreisen. Hauptsächlich aus Afghanistan und Nordafrika. Niemand weiss, wo sich diese Personen inzwischen befinden.

Importierte Gewalt und Kriminalität

In der Kriminalstatistik – auch bei schweren Delikten – und in den Gefängnissen sowie bei häuslicher Gewalt sind Zuwanderer gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überproportional vertreten.

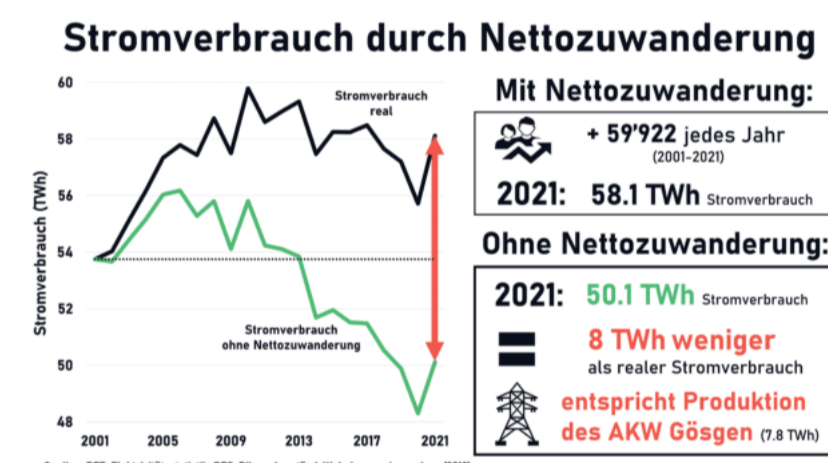
So zeigt eine im November 2022 publizierte Studie der Universität Zürich, dass es an den Sek-B-Klassen zu einem nie dagewesenen Anstieg der sexuellen Übergriffe auf Mädchen kommt. Das liege an «bildungsfernen, migrantisch geprägten Milieus», so der Studienleiter. Es handle sich um ein «Migrationsproblem».

Die Schweiz hatte einst einen legendären Ruf als sicheres und stabiles Land. Heute zeigt sich immer mehr die hässliche Fratze der importierten Gewalt und Kriminalität. Wir haben es mit einem doppelten Problem zu tun: Die linksgrünen Parteien unterstützen die von Schlepperbanden organisierte Asylummigration in die Schweiz. Bundesbern verhindert die vom Volk angenommene Initiative zur konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer. Diese toxische Verbindung führt zu einer «neuen Normalität» in unserem Land:

- 71% der Insassen in Schweizer Gefängnissen sind Ausländer. In Europa: 15%**
- 56% der Tötungsdelikte begehen Ausländer. Täter-suche, Strafverfahren, Inhaftierung und Opferhilfe kosten Milliarden.**
- 57% der Vergewaltigungen werden durch Ausländer und Asylanten verübt. Viele Frauen trauen sich nachts nicht mehr auf die Strasse.**

Energie- und Stromverbrauch

Mehr Leute bedeutet mehr Stromverbrauch, das heisst höhere Strompreise. Hinzu kommt: Jede durch die jährliche Zuwanderung «neu entstehende Stadt» muss mit Energie und Strom versorgt werden. Diese Leute brauchen Strom, fahren Auto, wollen in einer geheizten Wohnung leben. Wie der gewaltige Strom-Mehrbedarf gedeckt werden kann, ist völlig unklar.



Infrastrukturen am Anschlag

Die Stautunden auf den Strassen haben sich innert 20 Jahren vervielfacht! Doch statt endlich die Zuwanderung zu steuern, werden die Schweizer Autofahrer mit noch mehr Abgaben und höheren Treibstoffpreisen abgezockt. Die Linken und ihre Klima-Kleber sorgen mit ihrer Anti-Auto-Politik für noch mehr Verkehrschaos. Auch beim öffentlichen Verkehr kommen wir wegen der masslosen Zuwanderung an den Anschlag.



Bildungsniveau sinkt

Schweizer Kinder werden zur Minderheit. Rund die Hälfte aller 15-jährigen in der Schweiz haben einen Migrationshintergrund. Mehr als in jedem anderen Industrieland der Welt. Selbst das klassische Einwanderungsland Australien liegt deutlich zurück, geschweige denn Deutschland (28%) oder Frankreich (27%). Eine Auswertung im Kanton Aargau zeigt, dass 2021 68% der Kinder unter 7 Jahren in einem Haushalt mit Migrationshintergrund aufwachsen. Die Geburtenrate von Eritreerinnen liegt 4- bis 5-mal höher als von Schweizerinnen. In vielen Schweizer Schulklassen liegt der Anteil der Kinder, die nicht eine der Landessprachen sprechen, bei über 50%. Studien besagen, dass ab einem Anteil von 30% fremdsprachiger Kinder ein qualitativer Schulunterricht kaum mehr möglich ist. Gemäss der PISA-Studie von 2019 können ein Viertel der Schüler nicht richtig lesen und verstehen Textaufgaben nicht mehr.



Wohlstandsverlust

Der Wohlstand der Schweizer Bevölkerung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf – wächst kaum noch seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007.

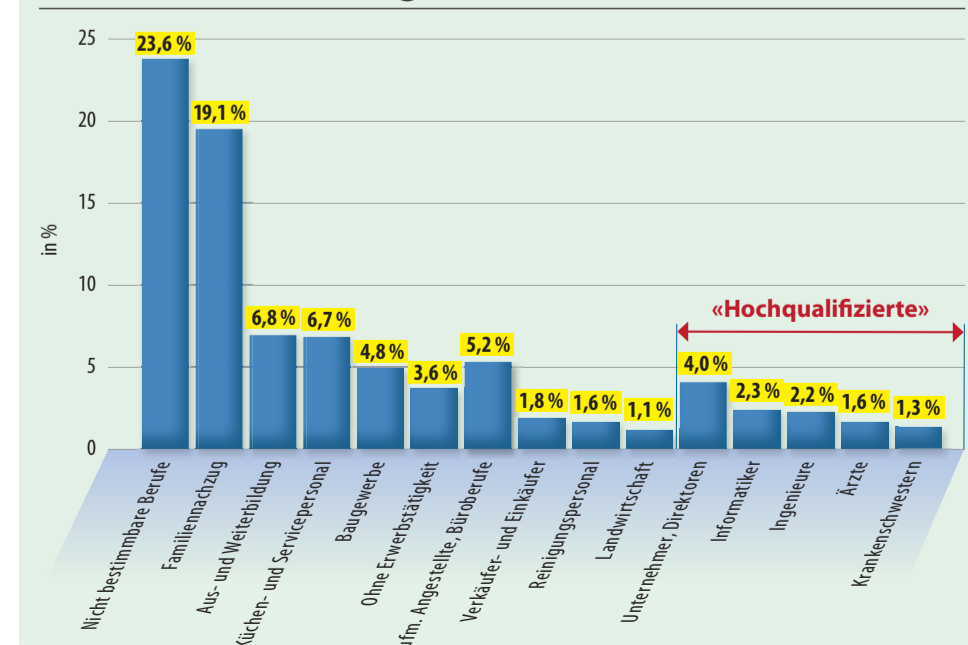
Oder anders ausgedrückt: Der Kuchen wird zwar leicht grösser, aber er muss für immer mehr Personen reichen.

Die Klage über den «Fachkräftemangel» in der Schweiz ist gross. Dabei wird vergessen, dass ein Grossteil der Zuwanderer gar keine Fachkräfte sind. Es dominieren Familiennachzügler und Unqualifizierte. «Vier von fünf Zuzüglern sind keine Fachkräfte», titelte die «NZZ am Sonntag». Sie beruft sich dabei auf eine Studie der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion. Demnach arbeiten im Schweizer Durchschnitt nur knapp 20 Prozent der seit 2007 (volle Personenfreizügigkeit) eingewanderten Personen in einem Beruf, wo ein Mangel an Fachkräften herrscht. Bei den Grenzgängern ist sogar nur jeder Sechste ein gesuchter Spezialist. Statt dringend be-

nötigte Informatiker, Ärzte oder Informatiker führen Ungelernte ohne genügende Sprachkenntnisse die Berufsliste der Einwanderer an. Zusätzlich kritisch ist die Lage beim Familiennachzug: In den Jahren

2020 und 2021 waren es je über 40'000 Personen. **Eine an den Bedürfnissen der Schweiz und ihrer Wirtschaft ausgerichtete Migrationspolitik sieht definitiv anders aus.**

Zuwanderung aus der EU im Jahr 2022



Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz



Als Gartenbauer, Landwirt und Familienvater mache ich mir Sorgen: Die Schweiz wird zubetoniert. Dieses unkontrollierte Bevölkerungswachstum ist für unser kleines Land nicht mehr verkraftbar.

Allein im letzten Jahr sind netto über 180'000 Personen in die Schweiz zugewandert. Das entspricht der Stadt Basel! Dieses Bevölkerungswachstum ist weder nachhaltig noch sinnvoll. Infrastruktur, Schulen, Wohneigentum, Landwirtschaftsflächen, Natur und Energieversorgung stehen vor dem Kollaps.

Darum haben wir die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» lanciert. Bei dieser wichtigen Initiative bin ich im Co-Präsidium und zähle auf Ihre Unterstützung. Wir wollen eine Zuwanderung, die wir wieder selber steuern können. Aber keine Zuwanderung, die mehr Verlierer als Gewinner produziert. Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz. Für unsere Kinder und Enkelkinder. Deshalb bitte ich Sie: Unterschreiben Sie noch heute den beigelegten Unterschriftenbogen und motivieren Sie auch Ihr Umfeld dazu.

Jetzt, Nachhaltigkeits-Initiative unterschreiben: Stopp der 10-Millionen-Schweiz



Infolge der unkontrollierten Zuwanderung in unser Land droht uns demnächst eine 10-Millionen-Schweiz. Die regelrechte Bevölkerungsexplosion überfordert unsere Infrastrukturen zerstört unsere Natur und treibt die Mieten noch mehr in die Höhe. Nach dem Zustrom von über 180'000 Menschen in einem einzigen Jahr muss jetzt endlich gehandelt werden. **Unterschreiben Sie noch heute die dieser Zeitung beigelegte Volksinitiative.**



«Unsere Kinder sind die grössten Verlierer der missratenen links-grünen Asylpolitik»

Die Gemeinden werden von Asylanten überflutet. Nationalrätin und Gemeinderätin Martina Bircher sagt im Interview, was das kostet und welche Probleme so entstehen. Die Situation kann sich nur verbessern, wenn es nicht mehr möglich ist, in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen.



Nationalrätin **Martina Bircher**, Aarburg (AG)

Sie sind Sozialvorsteherin in der Gemeinde Aarburg (AG). Haben Sie noch freie Plätze für Asylbewerber?

Nein, durch die kantonale Asylunterkunft übertreffen wir unser Soll schon seit Jahren und haben nicht die Absicht, zusätzliche Plätze zu schaffen.

Wie viele Asylanten müssen Sie betreuen und wie viele davon sind echte Flüchtlinge im Sinne des Gesetzes?

Mit dem beschleunigten Asylverfahren werden den Gemeinden vorwiegend vorläufig aufgenommene Ausländer zugeteilt. Wir müssten 60 Personen aufnehmen, zusammen mit den Personen mit Status S sind es insgesamt 130. Dazu kommen noch alle die Personen, welche der Bund als Flüchtlinge anerkennt, insbesondere Eritreer. Diese haben freie Wohnungswahl, davon haben wir nochmals 200 Personen.

Wie viele davon sind Familien, wie viele junge Männer?

Bei den Personen, welche über die Asylschiene in die Schweiz kommen,

sind es vorwiegend Männer. Da der Bund aber an 40% den Flüchtlingsstatus verteilt und weiteren 20% die vorläufige Aufnahme, kommen die Frauen und Kinder zeitverzögert in die Schweiz mittels Familiennachzug.

Wie viele dieser Personen leben von der Sozialhilfe?

80 bis 90% leben von Sozialhilfe, nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig. Unser Sozialsystem garantiert jedem eine Wohnung inkl. Nebenkosten, Krankenversicherung, Franchise, Selbstbehalt, weitere Gesundheitskosten (z.B. Zahnarzt), Geld für den Lebensunterhalt sowie situationsbedingte Leistungen wie Möbel, ÖV etc. Wir haben viele Fälle, welche schon über eine ¼ Million Franken gekostet haben.

Wie viel mussten die Steuerzahler für den teuersten Fall aufwenden?

Wir hatten einmal eine eritreische Frau mit 4 Kindern im Mutter-Kind Heim, das kostete 25'000 Franken pro Monat. Wenn sich die KESB einschaltet, und das ist leider oft der Fall, wird es ganz teuer. Für 130 bis 150 Franken pro Stunde wird den Ausländern beigebracht, wie sie einkaufen oder wie sie ein Znüni für die Schule machen müssen. Wenn es zu einer Fremdplatzierung kommt, sprechen wir von Kosten zwischen

7'000 und 15'000 Franken pro Monat und Kind. All das ordnet die KESB an, die Gemeinde muss es dann einfach zahlen.

Finden die Asylanten eine Arbeit?

Leider ist das schwierig. Diese Personen kommen oft aus fremden Kulturen, haben kaum Schulbildung, die Arbeitgeber warten nicht auf diese «Fachkräfte». Erschwerend kommt hinzu, dass viele sehr viele Kinder haben. Selbst wenn sie einen Job finden, können wir sie nicht von der Sozialhilfe abmelden.

In vielen Schulen gibt es kaum mehr Kinder ohne «Migrationshintergrund». Wie ist die Situation in Ihrer Gemeinde?

Nach den Sommerferien führen wir Deutsch-Frühförderung ein, weil die meisten Kinder beim Kindergarten eintritt kein Wort Deutsch können. Pro Jahrgang haben wir jeweils 100 Kinder, 50 Schweizer und 50 Ausländer. Leider haben über 50% einen Deutsch-Frühförderbedarf. Das bedeutet, dass selbst bei eingebürgerten Eltern mit den Kindern zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird. Es gibt unzählige Studien, die belegen, dass ab einem Anteil von mehr als 30% Nicht-Deutschsprechenden ein qualitativer Schulunterricht nicht möglich ist. Unsere eigenen Kinder sind die grössten Verlierer dieser verfehlten Asyl- und Einwanderungspolitik.

«80 bis 90% aller Asylanten leben von Sozialhilfe. Nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig.»

Sie fordern eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Was meinen Sie damit konkret?



Würde Schengen-Dublin funktionieren, hätte die Schweiz, umgeben von sicheren Staaten, kein einziges Asylgesuch. Heute ist es aber so, dass 60% legal in der Schweiz bleiben dürfen, weil der Bund sie nicht zurückweist. Weitere 20%

bleiben da, obwohl sie gehen müssten, und nur 20% werden effektiv ausgeschafft. Sprich: Wer das Zauberwort «Asyl» sagt, bleibt zu 80% in der Schweiz. **Daher müssen wir das System komplett ändern:** In der Schweiz darf es gar nicht mehr möglich sein, ein Asylgesuch zu stellen, dies muss in einem Drittstaat geschehen.

Nichtintegration wird belohnt!

Was uns die links-grüne Asyl-Sozial-Industrie kostet:


Direktausgaben der Gemeinden im Aargau am Beispiel einer 4-köpfigen-Familie, die Sozialhilfe bezieht (alle Beträge steuerfrei!).

	Grundbedarf für 4 Personen	26'472.00 CHF
	Wohnung	16'800.00 CHF
	Haftpflichtversicherung	170.00 CHF
	Hausrat	245.00 CHF
	AHV-Beiträge	956.00 CHF
	Zahnarztkosten	3'500.00 CHF
	Selbstbehalt	2'100.00 CHF
	Franchise	600.00 CHF
	Brille	150.00 CHF
	Schullager	150.00 CHF

Weitere Kosten

	Beschäftigungs-/Integrationsprogramm	7'200.00 CHF
	Deutschkurs	3'500.00 CHF
	Krankenkassenprämien	11'920.00 CHF
	Personalaufwand, Administration	2'200.00 CHF

Einnahmen

	Kinderzulagen	4'800.00 CHF
---	---------------	--------------

Total Kosten

		75'963.00 CHF
---	--	----------------------

Asyl-Chaos: teuer, gefährlich, ungerecht

Zehntausende junge Männer kommen aus der ganzen Welt mit kriminellen Schlepperbanden in die Schweiz. Die Kantone müssen für viel Steuergeld Wohnungen mieten und stellen sogar Schweizer Mieter auf die Strasse. Die Kosten explodieren: Allein auf Bundesebene werden über 4 Milliarden Franken – fünf Prozent aller Bundesausgaben – dafür verwendet! Diebstähle, Gewalttaten, Belästigungen, Unsicherheit nehmen massiv zu.



Nationalrat **Thomas Aeschi**, Fraktionspräsident und Nationalrat SVP, Baar (ZG)

Das Chaos in der Asylpolitik belastet die Schweizer Bevölkerung. Jedes Jahr kommen Zehntausende Asyl-Migranten mit Hilfe von kriminellen Schlepperbanden in unser Land. Die Folgen dieser verantwortungslosen Politik sind fatal: Zu viele Asyl-Migranten

kommen aus frauenunterdrückenden Kulturen, sind kriminell und schlecht oder gar nicht ausgebildet – kurz: Sie sind kaum integrierbar.

Jeder dritte Afrikaner bezieht Sozialhilfe

Die Zahl der Sozialhilfebezügler aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt sagenhafte 34,6 Prozent! Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt also auf Kosten von uns Steuerzahlern.

Junge Männer aus Afrika, Afghanistan, dem Nahen Osten usw.

Aus der ganzen Welt kommen junge Männer mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Sie reisen durch

Eritreer ersticht Mann

«Messerstecherei in Solothurn endet tödlich – beim mutmasslichen Täter handelt es sich um einen Eritreer.»



Quelle: Blick, 02.08.2023/ Symbolbild

sichere Länder und suchen sich das beste Asyl-Land aus: zum Beispiel die Schweiz. Warum? Sie können hier auf Kosten der Allgemeinheit leben und werden kaum in ihr Herkunftsland zurückgeschafft. Das sorgt für enorme Kosten und Probleme bei unseren Sozialwerken, im Gesundheitswesen, in den Schulen sowie bei Polizei und Justiz.

Wer einmal in der Schweiz ist, bleibt hier

Das Asyl-Chaos zeigt sich auch im Vollzug. Das gilt insbesondere für die sogenannten «vorläufig Aufgenommenen». Sie müssten eigentlich die Schweiz verlassen, können aber angeblich nicht ausgeschafft werden. Zwischen 2011 und 2021 erhielten 65'126 Personen eine vorläufige

Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am
22. Oktober



Aufnahme. Nur gerade 112 von ihnen mussten in diesen zehn Jahren tatsächlich die Schweiz verlassen. Der Rest bleibt hier und lebt in der Regel auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung oder taucht unter.

Dieses Asyl-Chaos muss endlich gestoppt werden!

2023: über 4 Milliarden Franken Kosten beim Bund allein! Pro Kopf und Jahr macht dies 450 Steuerfranken bzw. für eine 4-köpfige Familie 1'800 Franken

Asylausgaben Bund 2021:
Asylausgaben Bund 2022:
Asylausgaben Bund 2023 (Budget):

rund 1,5 Milliarden Franken
rund 2,4 Milliarden Franken
über 4 Milliarden Franken

Nein zum Gender-Wahn – Ja zur Freiheit

Ärgern Sie sich auch über all die neuen Schreibarten mit Doppelpunkten, Sternchen und anderen Symbolen? Unter dem Deckmantel der Toleranz will uns links-grün vorschreiben wie wir zu reden, zu denken und zu handeln haben. Die immer extremeren Forderungen greifen unsere freiheitlichen Werte an. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegentreten.



Ständerätin **Esther Friedli**, Gastronomin, Ebnat-Kappel (SG)

Seit einiger Zeit hören wir immer wieder Begriffe wie «Gender», «Wokeness» und «Cancel Culture». Unter diesen Begriffen können sich viele von uns nichts vorstellen oder denken sich dabei nichts Böses. Doch was harmlos tönt, ist in höchstem Masse beunruhigend. Entstanden sind diese Begriffe an amerikanischen Universitäten von Menschen, die sich zu den Eliten zählen und sich als tolerant und links bezeichnen.

Die konkreten Auswüchse dieser Ideologie treten auch bei uns immer mehr zum Vorschein: Dass zum Beispiel eine der für mich besten Süssigkeiten – der Mohrenkopf – nicht mehr so benannt

werden darf. Eine kleine Minderheit hat auf einen Grossverteiler so lange Druck ausgeübt, bis er ein Produkt, das der Hersteller immer noch Mohrenkopf nennt, aus den Verkaufsregalen genommen hat.

Oder unter dem Begriff «kulturelle Aneignung» dürfen Rasta-tragende weisse Musiker nicht mehr auftreten oder müssen ihr Konzert abbrechen, weil angeblich nur Schwarze

Rasta-Frisuren tragen dürfen. Studenten berichten, dass sie in ihren Arbeiten eine gendergerechte Sprache verwenden müssen, sonst drohten ihnen Notenabzüge.

«Gender-Ideologie» dringt immer mehr in die Politik vor

Ein Auswuchs dieser links-grünen Ideologie aus den Städten ist «Gender». Bei dieser Ideologie wird davon ausgegangen, dass man nicht von Geburt an ein Geschlecht hat, sondern das Geschlecht frei wählen kann. Dabei gibt es nicht nur Frau und Mann, sondern Dutzende verschiedene Geschlechter.

Diesen Gender-Unsinn lesen und hören wir leider in immer mehr Medien. Und um niemanden irgendwie zu diskriminieren oder zu «verletzen», wird auch auf allen möglichen Einladungen «Parlamentarier:innen», «Freund*innen» oder sonst etwas geschrieben. Auch öffentliche Verwaltungen üben sich im «gendern». Ob die deutsche Sprache noch lesbar ist, wird dabei immer unwichtiger. Hauptsache, niemand fühlt irgendetwas Negatives. Und um ganz korrekt zu sein, wird sogar «das Mitglied» in «liebe Mitglieder:innen» umgewandelt. Dabei wird die Sprache mit den vielen Sonderzeichen immer unverständlicher – gerade auch für Menschen mit einer Sprachschwäche oder für fremdsprachige Personen.

Und um ganz korrekt zu sein, wird sogar «das Mitglied» in «liebe Mitglieder:innen» umgewandelt. Dabei wird die Sprache mit den vielen Sonderzeichen immer unverständlicher – gerade auch für Menschen mit einer Sprachschwäche oder für fremdsprachige Personen.

«Geschlechtsneutrale» Toiletten an Schulen?

Wir erleben den Genderwahn aber nicht nur in der Sprache, auch in der Politik greift dieser wild um sich: In den Städten Zürich und Luzern sollen neu ein Drittel der Toiletten an den Schulen «geschlechtsneutral» sein. Pissoirs werden abgeschafft. An

«Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.»



Völlig überflüssig: Links-Grüne Gender-Ideologen wollen flächendeckend für viel Geld die Strassenschilder mit sog. gendergerechten Schildern ersetzen.

gewissen Schulen wird gar propagiert, ein anderes Geschlecht auszuprobieren bzw. dem Kind noch keinen Namen zu geben. Ohne Einwilligung der Eltern werden minderjährige Kinder diesem Gender-Irrsinn ausgesetzt.

Es gibt eine kleine Minderheit, die im falschen Körper geboren wurde und deren Probleme man ernst nehmen muss. Aber muss das jetzt die ganze

Gesellschaft betreffen? Muss sich nun jede und jeder fragen, ob er im richtigen Körper geboren wurde? Ich meine nein.

Und man fragt sich: Was kommt als Nächstes? Wo ist eigentlich der gesunde Menschenverstand geblieben? Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.

Versorgung mit einheimischen Nahrungsmitteln in Gefahr

Der Hauptauftrag der schweizerischen Landwirtschaft ist in der Bundesverfassung festgeschrieben: die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit einheimischen Nahrungsmitteln. Die Versorgung ist jedoch massiv gefährdet.



Nationalrat **Alois Huber**, Meisterlandwirt und Vizepräsident Schweizerischer Bauernverband, Wildeggen (AG)

Die Bauerfamilien leisten einen wichtigen Beitrag an unsere Ernährungssicherheit. Doch wir könnten heute im Krisenfall nur noch jede zweite Person in der Schweiz ernähren. Das zeigt der sogenannte «Selbstversorgungsgrad»: Er misst in Prozenten, wie viel unseres Lebensmittelbedarfs noch in der Schweiz produziert wird. Der Selbstversorgungsgrad lag 2020 noch bei netto 49 Prozent.

Der Selbstversorgungsgrad ist den letzten zwanzig Jahren um über 10 Prozent gesunken. Der wichtigste Grund ist das starke Bevölkerungswachstum: plus 1,5 Millionen seit 2002. Die Schweiz wird zubetoniert. Die Siedlungsfläche hat seit 1980 um 31 Prozent zugenommen – auf Kosten der Land-

wirtschaftsfläche. Die Ackerfläche pro Kopf liegt in der Schweiz noch bei 470 m². Zum Vergleich: In Österreich sind es 1500 m², in Deutschland 1410 m² pro Kopf.

Der zweite Grund, warum wir in der Schweiz immer weniger Lebensmittel produzieren, sind die ökologischen Vorschriften. Durch die aktuelle Agrarpolitik werden heute in der Schweiz circa 20 Prozent des Kulturlandes extensiv bewirtschaftet: also viel Ökologie, aber wenig Produktion.

Wollen wir in Zukunft eine totale Abhängigkeit in der Lebensmittelversorgung vom Ausland verhindern, darf der Selbstversorgungsgrad nicht weiter sinken, sondern muss wieder erhöht werden.

Dies gelingt aber nur, wenn wir das Bevölkerungswachstum stoppen und die Agrarpolitik für eine produzierende Landwirtschaft anpassen.



Die Krisen der letzten Jahre und Monate haben gezeigt, wie wichtig eine starke einheimische produzierende Landwirtschaft ist.

Stau auf den Strassen, Klima-Kleber, Feindbild Autofahrer

Jeden Tag stehen wir im Stau – wichtigste Ursache dafür ist die masslose Zuwanderung. Der volkswirtschaftliche Schaden geht in die Milliarden. Doch auch die schikanöse links-grüne Verkehrspolitik und ihre Klima-Kleber richten massiven Schaden an.



Nationalrat und Ständeratskandidat **Benjamin Giezendanner**, Transport-Unternehmer, Rothrist (AG)

Die masslose Zuwanderung bringt unsere Infrastruktur an den Rand des Kollapses. Das erleben wir täglich mit den Staus auf unseren Strassen. Seit 1995 sind über 1,5 Millionen Personen zugewandert. Die jährlichen Stautunden auf den Nationalstrassen haben sich seit 2000 vervierfacht!

Zum persönlichen Ärger kommen die massiven Kosten. Als kantonaler Gewerbeverbandspräsident und Transportunternehmer sind mir die Horror-Zahlen bekannt: Jeden Tag häufen sich auf den Schweizer Strassen 200'000 Stunden Verspätung an. Die verlorene Zeit kostet rund 3 Milliarden Franken pro Jahr. Das sind übrigens die aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE.

Die Mobilität ist der Motor unserer Volkswirtschaft. Wir zerstören unseren Wohlstand, wenn wir nicht zu einer vernünftigen und massvollen Zuwanderung zurückkehren.

Abzockerei der Autofahrer

Viele Schweizerinnen und Schweizer sind auf ein Auto angewiesen: Familien, Pendler, Handwerker, Menschen in ländlichen Gebieten. Die SVP wehrt sich gegen die Abzockerei der Autofahrer: Nur schon die Mineralölsteuer (inkl. Zuschläge) machen 1570 Franken im Jahr aus¹. Dazu kommen: Motorfahrzeugsteuer (im Schnitt 360 Franken), Autobahn-Vignette (40 Franken), Automobilsteuer, öffentliche Parkgebühren usw. Jeder Haushalt mit Auto zahlt mehr als 2000 Franken im Jahr an Abgaben.

Offenbar nicht genug für die links-grünen Parteien. Die grüne Fraktionschefin forderte einen Benzinpreis von 5 Franken pro Liter. Das wären rund 250 Franken pro Tankfüllung! Unbezahlbar für die meisten Schweizerinnen und Schweizer.

Klimakleber schikanieren Autofahrer

Klima-Kleber blockieren Strassen. Sie schikanieren die arbeitende Bevölkerung. Vor allem in den links-grün regierten Städten wird eine autofeindliche Politik betrieben: Aufhebung von Zufahrtsstrassen, Abbau von Parkplätzen, 30er-Zonen auf Durchgangsstrassen, Bussen-Terror, horrenden Parkgebühren. Manchmal möchte man ein Experiment machen: Was würde wohl passieren, wenn die Handwerker und Lieferanten von Gütern und Lebensmitteln die links-grünen Städte eine Woche bestreiken würden ...

Wer diese autofeindliche Politik korrigieren will, wählt im Oktober die SVP.

¹ Wohin fließen die Milliarden? - AUTOMOBIL REVUE

Stautunden 2008 – 2022



Wollen Sie eine 10-Millionen-Schweiz?

Immer mehr Einwanderung bedeutet höhere Mieten, mehr Ausländerkriminalität, verstopfte Strassen, sinkendes Bildungsniveau.

Mit einer kontrollierten Einwanderung schützen wir uns, unsere Kinder, unsere Natur und erhalten unsere lebenswerte Heimat.



Sie haben die Wahl!

**Am 22. Oktober SVP wählen.
Danke.**

Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

www.svp.ch/wettbewerb

01. Wie viele Menschen sind 2022 netto in die Schweiz eingewandert?

180'000 = S
 90'000 = X
 150'000 = Y

02. Wie hoch belaufen sich die Kosten für das Asylwesen beim Bund im 2023?

1 Mrd = OR 2,5 Mrd = LZ
 4 Mrd = VP

03. Was ist das Ziel der neuen SVP Volksinitiative?

Kriminelle Ausländer ausschaffen = P
 Keine 10-Millionen-Schweiz = W

04. Was ist das Ziel des Gendersterns?

Politische Bevormundung = ÄH
 Bessere Orientierung am Sternenhimmel = ÖR

05. Was ist das Wahlkampf-Motto der SVP?

Für eine sichere Zukunft in Freiheit = L
 Für eine sichere Freiheit in Zukunft = R

06. Wie viele Bundesräte hat die SVP?

Leider noch keine = BN
 Bereits zwei = EN

Für eine sichere Zukunft in Freiheit – Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich wäre gerne per WhatsApp über die wichtigsten Aktivitäten der SVP Schweiz informiert.
Natel Nummer: _____
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Wahlkampagne** zur Verfügung zu stellen.
- Ich unterstütze die **SVP-Wahlkampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
- Ich spende _____ Franken auf **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001Y** der SVP Schweiz.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.

Name / Vorname _____

Strasse _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Unterschrift _____

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

01. 02. 03. 04. 05. 06.

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 22. Oktober 2023

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2023 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

www.svp.ch

SVP
SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes



Für eine sichere Zukunft in Freiheit – SVP wählen.



Diese National- und Ständeratswahlen sind für Basel-Stadt wichtig! Wer künftig noch frei und sicher in unserem von einer massiven Kriminalitätswelle betroffenen Stadtkanton leben will, muss deshalb unbedingt unsere SVP Liste 12 wählen.



Geschätzte Leserinnen und Leser

Keine andere Partei in Basel-Stadt setzt sich so konsequent für die Freiheit, die Sicherheit, den Erhalt von Arbeitsplätzen, Wohlstand und unser Gewerbe ein, wie die SVP.

Wir sind die einzige Partei, die für die Familien, die Búezer und das Gewerbe einsteht. So ist es der SVP zu verdanken,

dass in Basel-Stadt endlich wieder ein Bettelverbot eingeführt wurde, die Steuern für alle Bevölkerungsgruppen und die Firmen gesenkt wurden und Grünflächen, wie bspw. die

für viele Baslerinnen und Basler wichtigen Freizeitgarteneare, erhalten bleiben. Nur dank dem Engagement der SVP sind schliesslich auch die wichtigen Parkiermöglichkeiten vor dem Friedhof Hörnli nicht verschwunden.

Sie sehen: Wir stehen als einzige Partei ohne Wenn und Aber für unsere Bevölkerung ein. Wir verteidigen Traditionen, Werte und unsere Heimat. Diese Heimat ist jedoch bedroht, da Kräfte in Bundesbern versuchen, uns an die EU zu verkaufen. Ein undemokratisches Rahmenabkommen wird es mit uns nicht geben und wir lehnen die automatische Übernahme von EU-Recht ab. Wir wollen, dass Sie, als Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, weiterhin selbst bestimmen können, welches Recht in unserem Land gilt. Das ist Heimat.

Selbstbestimmung fordern wir auch bei der Zuwanderung. Noch immer kommen zu viele und die falschen Ausländer in unser Land. Das überfordert gerade in einem kleinen

Kanton wie Basel-Stadt unsere Infrastruktur, verteuert die Mieten und führt zu massiven Sicherheitsproblemen in den Wohnquartieren. Zustände wie im Kleinbasel und rund um die Dreirosenanlage müssen endlich bekämpft werden. Wer hier lebt, hat sich an unsere Regeln zu halten. Wer das nicht kann, gehört ausgeschafft.

Denn die Folgen der missratenen Asyl- und Ausländerpolitik sind nirgends sichtbarer als in Basel-Stadt. Die Sicherheitslage ist desolat und Basel die gewalttätigste Stadt der Schweiz. Damit muss Schluss sein!

Deshalb wollen wir dafür kämpfen, dass die Schweiz wieder Schweiz wird. Ein Land, in dem sich Arbeit lohnt, der Staat dem Einzelnen möglichst viele Freiheiten lässt und in dem die Bürgerinnen und Bürger selbstbestimmt und sicher leben können. Dafür kämpfen wir. Versprochen.

Pascal Messerli, Parteipräsident SVP Basel-Stadt



Stefan Suter

Daniela Stumpf

Laetitia Block

Joël Thüring

Für eine sichere Zukunft in Freiheit.

Liste 12 in den Nationalrat





Unsere National- und Ständeratskandidaten



Laetitia Block

Listen-Nr. 12.01

- + Juristin, Richterin
- + geboren 1992
- + Vizepräsidentin SVP Basel-Stadt, Schulrätin
- + ledig
- + Mitglied ACS beider Basel
- + Hobbys: Debattieren, Zeit mit Freunden und Familie verbringen, Reisen und gutes Essen.

« Ich setze mich für mehr Sicherheit, tiefere Steuern und Abgaben und eine restriktive Asyl- und Migrationspolitik ein. »

www.laetitia-block.ch



Daniela Stumpf

Listen-Nr. 12.02

- + NDS HF dipl. Projektmanagerin, Versicherungsspezialistin
- + geboren 1962
- + Grossrätin des Kantons Basel-Stadt, Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission
- + Mitglied Geschäftsprüfungskommission
- + Beirätin TCS beider Basel, Mitglied IVB beider Basel
- + verheiratet
- + 2 Kinder und 4 Enkelkinder
- + Hobbys: Trüffel suchen

« Wählen Sie mich, weil ich auch in Bern kompetent, verantwortungsbewusst und engagiert ihre Interessen bestmöglich vertrete. Versprochen. »

www.daniela-stumpf.ch



Stefan Suter

Listen-Nr. 12.03

- + Dr. iur., selbständiger Advokat
- + geboren 1964
- + Grossrat des Kantons Basel-Stadt
- + ehemaliger Präsident der Finanzkommission BS
- + Gemeinderat Riehen
- + Präsident Verein Madagaskar
- + Präsident Verein Afrika
- + Autor zahlreicher Bücher

« Konservatives Denken führt oft zu sozialeren Lösungen als emotional gesteuerte staatliche Eingriffe. »



Joël Thüring

Listen-Nr. 12.04

- + Kaufmann, Unternehmer, Polit-Consultant
- + geboren 1983
- + Grossrat des Kantons Basel-Stadt, Bürgergemeinderat der Stadt Basel, Präsident der Finanzkommission, Mitglied der Bildungs- und Kommission, e. Grossratspräsident, Mitglied Schulkommission FMS Basel
- + Vorstand Mobile Jugendarbeit Basel, Vorstand Bund der Steuerzahler Basel-Stadt, Vorstand Verein „Pro Herzstück“, Mitglied Handelskammer beider Basel, TCS beider Basel, ACS beider Basel, Gewerbeverband Basel-Stadt und Arbeitgeberverband Region Basel
- + ledig
- + Hobbys: Schwimmen, Lesen, Hund hüten

« Ich setze mich für eine freie und unabhängige Schweiz ein und Sorge dafür, dass die Schweiz wieder mehr Schweiz wird. »



Pascal Messerli

Unser Kandidat für den Ständerat

- + Advokat
- + geboren 1989
- + Grossrat des Kantons Basel-Stadt, Präsident SVP Basel-Stadt, Präsident Schulkommission Gymnasium am Münsterplatz
- + ledig
- + Hobbys: Fussball, Reisen, Freunde treffen, Lesen

« Damit Basel in Bundesbern mehr Gehör findet! »

Dafür wollen wir uns für Sie in Bern einsetzen:

Für eine freie und unabhängige Schweiz!

- gegen die Aufgabe unserer Neutralität und ein undemokratisches Rahmenabkommen mit der EU.

Für mehr Sicherheit!

- für eine Aufstockung des Grenzwachtkorps und vermehrte Kontrollen an unseren Aussengrenzen.

Für ein Ende des Asylchaos!

- gegen die Duldung illegaler Flüchtlinge in unserem Land und für die konsequente Ausschaffung krimineller Ausländer.

Für eine vernünftige Verkehrs- und Energiepolitik!

- gegen das Auspielen der verschiedenen Mobilitätsformen und für eine bezahlbare Energiepolitik, in welcher alle Energieformen ihre Berechtigung haben.

Für einen starken Wirtschaftsstandort Basel!

- gegen immer neue Steuern, Gebühren und Abgaben für die Unternehmen und für die Entlastung des Gewerbes.

Für einen starken Mittelstand!

- gegen neue Steuern und Abgaben und für tiefere Krankenkassenprämien und tiefere Mieten und Lebenshaltungskosten.

mehr unter www.svp-basel.ch

Stoppen wir Demoflut und Chaotentum – jetzt unsere Doppel-Initiative unterschreiben!

Die SVP Basel-Stadt will Demoflut und Chaotentum bekämpfen. Deshalb hat sie zwei kantonale Volksinitiativen lanciert, welche dies stoppen soll. Lesen Sie hierzu mehr und unterschreiben Sie die beiden Initiativen bitte umgehend.

Volksinitiative «JA zu mehr Freiheit für Bevölkerung und Gewerbe bei Demonstrationen (Freiheits-Initiative)!»

Die Stadt gehört uns allen!

Die Zahl der Demonstrationen nimmt Jahr für Jahr zu. Ein Ende des Anstiegs ist nicht in Sicht. Schon heute blockieren Demos fast wöchentlich die gesamte Innenstadt und behindern damit all jene, die in der Stadt einkaufen gehen oder Basel als Touristen erkunden wollen.

Ja zu mehr Freiheit – Ja zum fairen Miteinander!

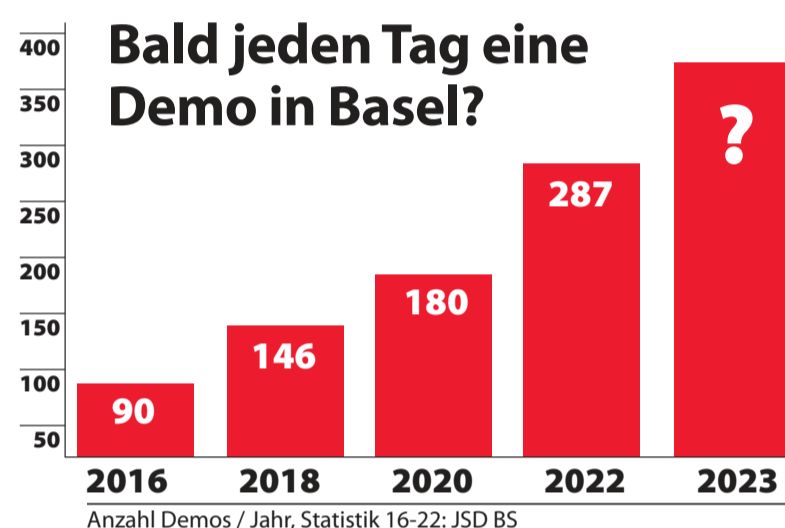
Demonstrationen sind deshalb so zu bewilligen, dass auch ältere oder gehbehinderte Menschen weiterhin mit dem Tram in die Stadt fahren können. Permanente Umleitungen des Öffentlichen Verkehrs sind zu vermeiden.

Ja zu lebendigem Gewerbe in der Innenstadt!

Die Innenstadt ist heute schon stark belastet und wegen dem Einkaufstourismus unter Druck. Unser lokales Gewerbe verträgt deshalb nicht noch mehr Demos und Einschränkungen! Deshalb sind an Samstagen künftig die Bedürfnisse des Gewerbes besonders zu berücksichtigen.

Ja zum Schutz unserer traditionellen Grossveranstaltungen!

Während Grossveranstaltungen wie Herbstmesse, Fasnacht, Vogel Gryff, Em Bebbi sy Jazz, der Museumsnacht oder der Art Basel sind Demos so zu bewilligen, dass diese schützenswerten Traditionsanlässe nicht gestört werden.



- Deshalb ...**
- sollen künftig der ÖV, das Gewerbe sowie Grossveranstaltungen bei der Bewilligung von Demonstrationen vermehrt berücksichtigt werden.
 - muss an Samstagen die Zahl der Demonstrationen reduziert werden.

Volksinitiative «JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)!»

Für verursachte Kosten geradestehen!

Während unbewilligten Demonstrationen und Kundgebungen kommt es oft zu gewalttätigen Krawallen und teuren Sachbeschädigungen, für welche der Steuerzahler aufkommen muss. Es wird Zeit, dass Chaoten zur Rechenschaft gezogen und für Schäden und Polizeieinsätze haftbar gemacht werden.

Stopp der unbewilligten Demo-Flut!

Ein Drittel aller Demonstrationen und Kundgebungen im Jahr 2022 wurden ohne Bewilligung durchgeführt. Oft schaut die Polizeileitung tatenlos zu und lässt die Chaoten gewähren. Damit muss nun Schluss sein! Diese vielen unbewilligten Demos müssen endlich mit klaren Leitlinien unterbunden werden!

Für Konsequenzen geradestehen!

Stört jemand eine bewilligte Demonstration oder Kundgebung, müssen die Störer zur Rechenschaft gezogen werden und die Kosten des notwendigen Polizeieinsatzes übernehmen. Es ist ein Skandal, dass Chaoten immer wieder legale Demonstrationen oder Veranstaltungen stören.

- Deshalb ...**
- muss endlich ein griffiges Konzept erarbeitet werden, damit illegale Demos unterbunden werden!
 - müssen die Chaoten die Kosten für den Polizeieinsatz und die Schäden übernehmen!

Jetzt hier QR-Codes scannen und Doppel-Initiative unterschreiben!

Unterschriftenbogen
Freiheits-Initiative
herunterladen:



Unterschriftenbogen
Anti-Chaoten-Initiative
herunterladen:





Nein zu Asylunterkünften in Wohnquartieren

Nationalratskandidatin Laetitia Block, die selber in einem von Asylunterkünften geplagten Wohnquartier lebt, erläutert, weshalb diese Unterkünfte in den Quartieren für grosse Unordnung und Unsicherheit sorgen.

Jung, männlich, auf der Suche nach einem besseren Leben – die Flüchtlingszahlen in der Schweiz steigen. Bis Ende Juni 2023 sind bereits über 12'000 Asylgesuche eingereicht worden. Das sind 43 Prozent mehr als in der entsprechenden Vorjahresperiode und die Zahlen schnellen weiter in die Höhe. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Rekordzahl von 40'000 Asylgesuchen aus dem Jahr 2015 gebrochen wird. Wir steuern auf ein massives Asylchaos zu!

Anstatt den unendlichen Strom an Wirtschaftsflüchtlings zu reduzieren, wird in Basel ein teures «Provisorium», ein Wohncontainer für über 13 Mio. Franken gebaut.

Wo? Im Erlenmattquartier, in welchem jetzt schon Gewaltdelikte, Drogenhandel und herumliegende Spritzen an der Tagesordnung sind, und sich die Anwohner nicht sicher fühlen. Wer kommt? Nicht etwa vom Krieg geflüchtete Familien mit Kindern, sondern junge Männer aus arabischen und afrikanischen Ländern, die häufig gar kein Recht auf Asyl haben.

Wer bleibt? Zahlreiche Asylsuchende mit einem negativen Entscheid. Auch wenn diese jungen Männer schwerwiegende Straftaten verüben, werden sie meistens nicht in ihre Herkunftsländer ausgewiesen.

Es ist wichtig, dass Höchstzahlen im Asylbereich eingeführt

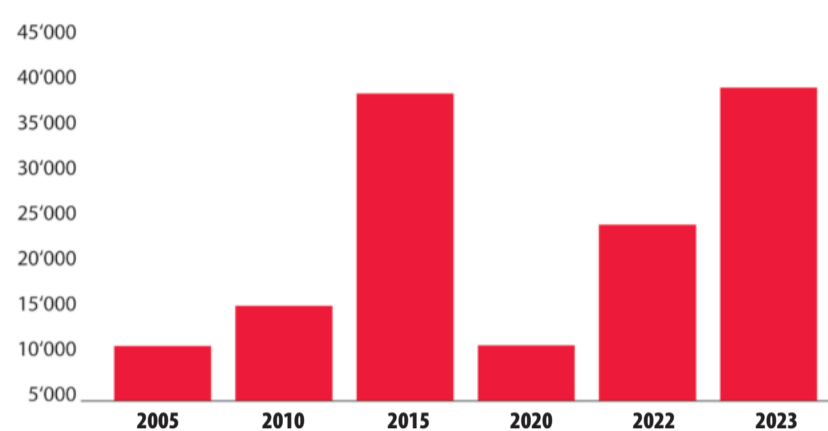
werden und Personen ohne Asylgrund die Schweiz wieder verlassen. Es kann nicht sein, dass wir die Kontrolle über unsere Sicherheit verlieren und die Bevölkerung das Asylchaos ausbaden muss.



« Es ist wichtig, dass Höchstzahlen im Asylbereich eingeführt werden und Personen ohne Asylgrund die Schweiz wieder verlassen. »



Massiver Anstieg der Asylgesuche!



Quelle: Staatssekretariat f. Migration (SEM) bis 2022 / Schätzung SEM 2023



Kurz gefragt

Immer im Kühlschrank: Milch für den Kaffee

Beeindruckt von: kreativen Menschen und Menschen, die unbeirrt Vollgas für ihre Ziele und Überzeugungen geben

Zum Lachen bringt mich: Situationskomik, lustige Tiervideos

Bildungssystem verbessern: Integrative Schule stoppen!

Für Nationalratskandidatin Daniela Stumpf Rutschmann, die als Mutter und Grossmutter das Bildungssystem aus ihrem eigenen Alltag bestens kennt, hat die integrative Schule und das baselstädtische Bildungswesen versagt. Sie fordert deshalb eine Rückkehr zu den Kleinklassen.



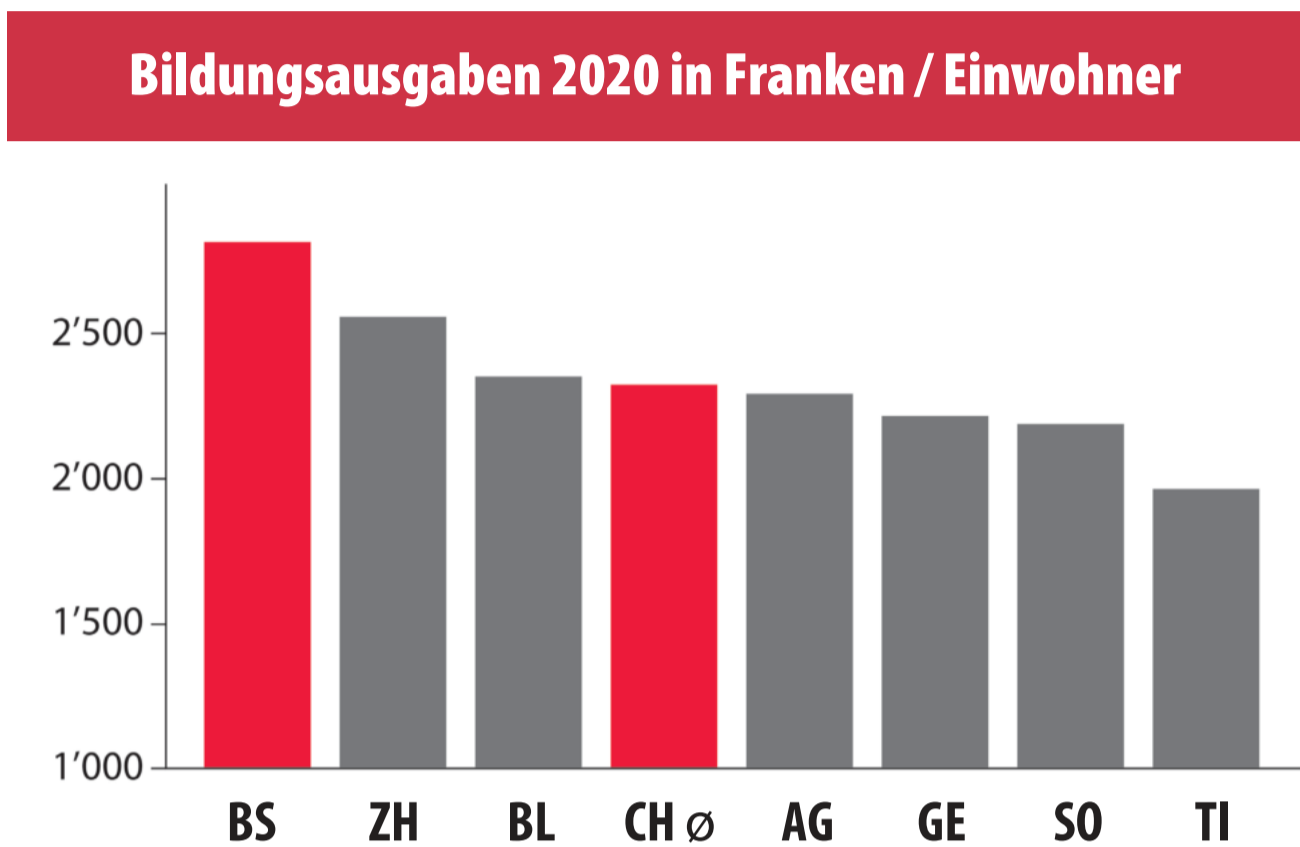
Ausbildnern, dann ist klar, dass diese lieber Schüler aus anderen Kantonen bevorzugen.

Linke Bildungsbürokraten haben unsere Schulen in Basel-Stadt Jahr für Jahr schlechter gemacht. Das hier entwickelte Schulsystem ist ein Flop. Statt mit gezieltem individuellem Fordern/Fördern auf die Bedürfnisse der Schüler einzugehen, versucht der Kanton mit krampfhaftem Festhalten an der integrativen Schule das eigene Versagen in der Bildungspolitik zu kaschieren.

Der Kanton Basel-Stadt belegt in sämtlichen Schulvergleichen den letzten Platz. Nirgends in der Schweiz können Kinder schlechter Rechnen, Schreiben oder Lesen. Das ist alarmierend und eine Verbesserung ist nicht in Sicht. Und dies obschon Basel-Stadt mit 2882 Franken pro Einwohner am meisten für die obligatorische Schule ausgibt und wir so 800 Franken über dem Schweizer Durchschnitt liegen! Basel-Stadt wurde längst abgehängt. Der hohe Einsatz von Steuergeldern hat nichts gebracht. Im Gegenteil: Spricht man mit Lehrbetrieben oder

Dabei liegt die Lösung auf dem Tisch: Wir müssen endlich wieder Kleinklassen einführen. Schlechte Schüler, oft aus bildungsfernen Haushalten stammend, werden so gezielt gefördert. Die stärkeren Schüler können sich separat weiterentwickeln. Am Schluss profitieren alle – auch die Lehrkräfte, die schon lange vom Kanton verlangen, dass die integrative Schule gestoppt wird. Handeln wir endlich!

« Linke Bildungsbürokraten haben unsere Schulen in Basel-Stadt Jahr für Jahr schlechter gemacht. Das hier entwickelte Schulsystem ist ein Flop. »



Quelle: Eidg. Finanzverwaltung EFV



Kurz gefragt

Immer im Kühlschrank: Prosecco und Käse

Lieblingsbuch: Barbara Erskine: Die Herrin von Hay

Beeindruckt von: von Menschen die ihren Zielen folgen und den Mut nicht verlieren

Zum Lachen bringt mich: meine vier Enkelkinder

Schweizer Ärzte ausbilden – Hilfe vor Ort leisten

Unser Nationalratskandidat Stefan Suter berichtet, weshalb es problematisch ist, dass in der Schweiz zu wenig eigene Ärzte ausgebildet werden und so nicht nur ein Mangel an Ärzten hier in der Schweiz, sondern letztlich auf der ganzen Welt herrscht.

Jedes Jahr werden in der Schweiz zahlreiche junge Leute vom Medizinstudium abgehalten, weil sie zwar über eine Matur verfügen, aber aufgrund des Numerus clausus bzw. begrenzter Studienplätze nicht zur Ausbildung zugelassen werden. Gleichzeitig bildet die Schweiz zu wenig eigene Ärzte aus. Ein haltloser Zustand.

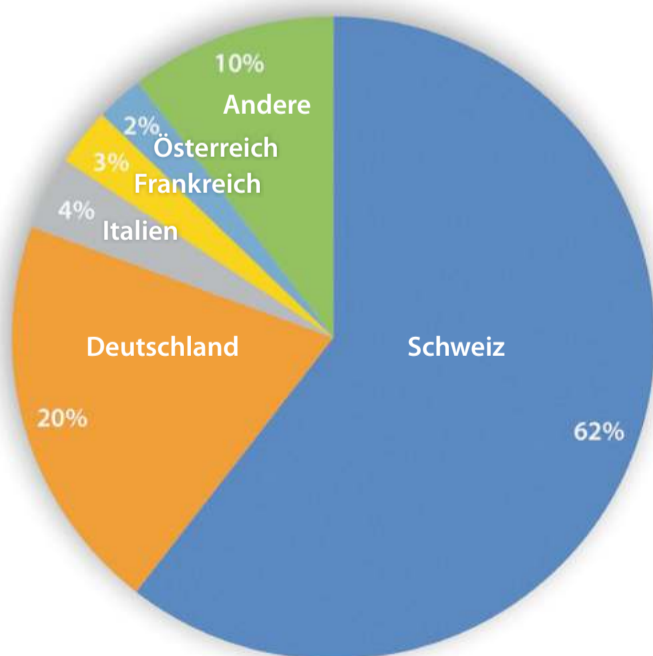
Stattdessen werden Jahr für Jahr Ärzte aus dem Ausland, vor allem aus Deutschland, in die Schweiz importiert. In Spitälern findet man kaum Schweizer Ärzte. Damit ist nichts gegen die hochqualifizierten Ärzte aus unserem Nachbarland gesagt, im Gegenteil. Es ist nicht deren Versagen, dass die Schweiz aus unhaltbaren Kostengründen nicht genügend eigene Mediziner ausbildet.

Die ungerechtfertigten Einsparungen zum Nachteil unserer eigenen Studenten geht auch zu Lasten des Nachbarlandes, denn in Deutschland werden die Ärzte für teures Geld ausgebildet und nachher praktizieren sie nicht dort. Die Folge ist ein Ärztemangel in Deutschland, der dann dort z.B. mit Ärzten aus Rumänien aufgefüllt wird. Ein ungerechtes System, welches endlich durch genügend Ausbildung von Ärzten an Schweizer Universitäten behoben werden muss. Gibt es dereinst genügend Mediziner, so können diese auch in Drittweltländern Sozialeinsätze und Hilfe vor Ort leisten.



Stefan Suter: Gründer und Leiter eines Hilfswerks in Madagaskar

Ärztestatistik Schweiz 2022



Quelle: FMH Ärztestatistik 2022

« Gibt es dereinst genügend Mediziner, so können diese auch in Drittweltländern Sozialeinsätze und Hilfe vor Ort leisten. »



Kurz gefragt

Lieblingsbuch: Annette von Droste-Hülshoff: Die Judenbuche
Beeindruckt von: Giacomo Puccini

Desolate Sicherheitslage: Machen wir Basel-Stadt endlich wieder sicher!

Für Nationalratskandidat Joël Thüring ist die desolate Sicherheitslage in unserem Kanton alarmierend. Er fordert deshalb, dass sich die Behörden endlich konsequent für die Sicherheit der Bevölkerung einsetzen und kriminelle Ausländer und Asylanten ausgeschafft werden.

Unglaublich: Auch letztes Jahr war Basel die gewalttätigste Stadt der Schweiz. Jahr für Jahr verschlechtert sich die Sicherheitslage und die Zahlen nehmen zu. Besonders krass war der Anstieg bei den Sexualdelikten (+ 40%). Die links-grüne Regierung sollte sich in Grund und Boden schämen!

Nun kann man Ausreden suchen, weshalb die Zahlen so hoch sind. Das Argument, dass Basel eine Grenzstadt ist, kann nicht gelten. Schliesslich hat bspw. Genf mit 9.4 Gewaltstraftaten pro 1000 Einwohner eine viel tiefere Deliktzahl als Basel (14.8).

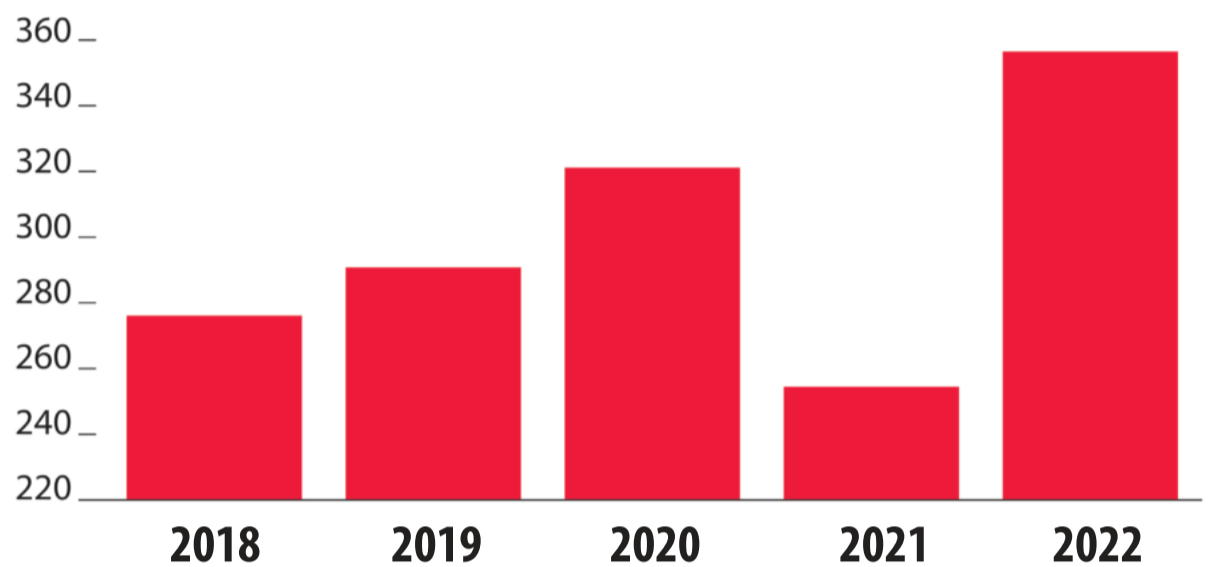
Klar ist: Wir haben bei den Gewaltstraftaten ein massives Ausländer- und Asylproblem. Die Statistik belegt, dass 64% der Straftaten von Ausländern oder Asylanten begangen. Dies, obschon der Ausländer- und Asylantenanteil im Kanton tiefer als der Anteil an Schweizern ist. Überproportional vertreten

sind Bürger aus schwarzafrikanischen Ländern, dem Maghreb, Afghanistan oder Staaten Europas ausserhalb der EU.

Die missratene Asylpolitik und der Umstand, dass nicht nur zu viele, sondern auch die falschen Ausländer kommen, führen zu dieser desolaten Sicherheitslage - gerade in Städten. In der Nacht fühlen sich ältere Menschen oder Frauen hier kaum mehr sicher.

Es braucht deshalb mehr und besser bezahlte Polizisten, die konsequente Ausschaffung krimineller Ausländer, verschärfte Grenzkontrollen und die Videoüberwachung an Gewaltspots wie der Heuwaage, der Dreirosenanlage oder der Steinenvorstadt. Es ist für mich unverständlich, weshalb es nicht allen wichtig ist, Basel sicherer zu machen. Die Gewaltspirale muss ein Ende finden - wir müssen diesen peinlichen Spitzenplatz abgeben!

Trauriger Rekord: 1 Sexualverbrechen pro Tag in Basel-Stadt!



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2022

« Die missratene Asylpolitik und der Umstand, dass nicht nur zu viele, sondern auch die falschen Ausländer kommen, führen zu dieser desolaten Sicherheitslage - gerade in Städten. »



Kurz gefragt

Immer im Kühlschrank: Coca-Cola zero

Lieblingsbuch: Martin Suter: „Melody“

Beeindruckt von: den Menschen, die für wenig Lohn hart arbeiten und kaum genug im Portemonnaie haben

Zum Lachen bringt mich: Ein toller Abend mit meinen besten Freunden

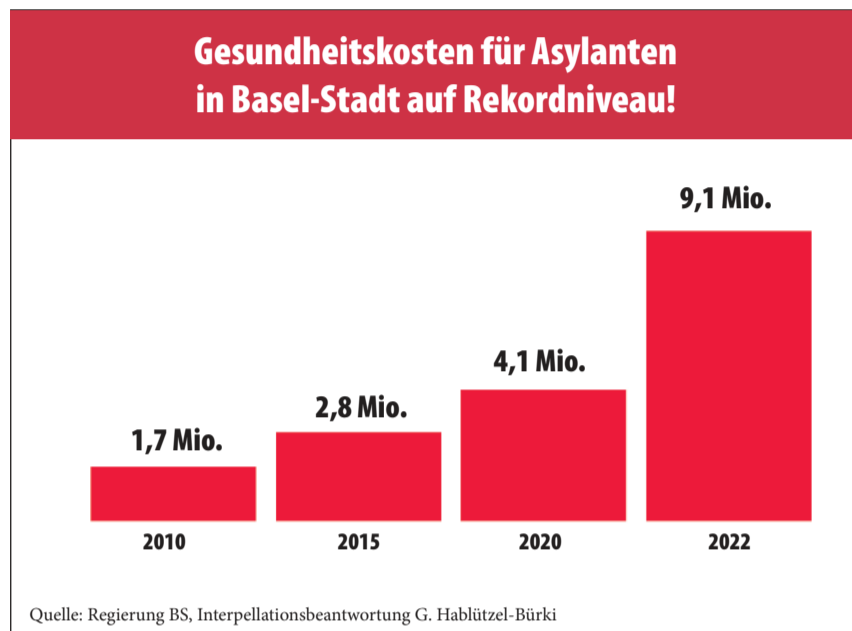


Basler Realität: 10 Mio. Franken für die Krankenkassenprämien von Asylbewerbern!

Wovor die SVP schon seit Jahren warnt, ist in Basel-Stadt traurige Realität: Die gescheiterte linke Asylpolitik führt zu massiven Mehrkosten in den Kantonen und belastet die Bürgerinnen und Bürger. Damit muss Schluss sein!

Jedes Jahr warten die Schweizer Bürgerinnen und Bürger mit Bangen auf die Ankündigung der Prämienhöhungen für die Krankenversicherung. In Basel-Stadt ist dabei die Belastung pro Person schweizweit mit im Durchschnitt 426.- Franken/Monat am höchsten, weshalb immer mehr Bürgerinnen und Bürger vom Kanton Prämienverbilligungen und Ergänzungsleistungen in Anspruch nehmen müssen. Kaum ein anderer Budgetposten belastet einen Haushalt stärker.

10 Mio. Franken / Jahr Krankenkassenprämien für Asylbewerber! Doch währenddem der einfache



Bürger diese Prämienlast selbst zu tragen hat, bekommen Asylanten die Krankenversicherung auf dem Silbertablett serviert und müssen nichts bezahlen! In einer Interpellation hat die Basler SVP den Regierungsrat im Kanton Basel-Stadt angefragt, wie hoch die durch den Steuerzahler bezahlten Krankenkassenprämien für Asylbewerber sind.

Die Antwort ist erschreckend: Die baselstädtischen Steuerzahler haben allein im Jahr 2022 fast 10 Mio. Franken an Krankenkassenprämien für Asylanten bezahlt. In den letzten zehn Jahren haben sich diese Kosten fast verzehnfacht! Und

angesichts des vorherrschenden Asylchaos ist keine Besserung in Sicht!

Wir fordern deshalb eine Krankenversicherung «light» für Asylanten. Asylbewerber, die die Prämien nicht selbst bezahlen können, sollen nur noch Anspruch auf Notfallbehandlungen erhalten. Wer die skandalöse Luxusbehandlung nicht mehr tolerieren will, muss deshalb SVP wählen.

18 Jahre links-grüne-Regierungsmehrheit: Basel – die kriminellste Stadt der Schweiz!

Wie jedes Jahr war Basel-Stadt auch im Jahr 2022 bei der Polizeilichen Kriminalstatistik einsam an der Spitze. In keiner Stadt lebt es sich gefährlicher! Damit muss endlich Schluss sein!

Die Schweiz war im Jahr 2022 so kriminell wie noch nie. In allen relevanten Kategorien kam es zu einer erheblichen Zunahme, wie die Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt. Besonders dramatisch ist die Zunahme in Basel – der gewalttätigsten Stadt der Schweiz.

So nahmen in Basel die schweren Körperverletzungen (+ 17.2%), Vergewaltigungen (+ 14.5%), Einbrüche (+14%)

und Diebstähle (+ 20%) deutlich zu. Pro 1000 Einwohnende wurden in Basel 14,8 Gewalttaten registriert. Damit steht Basel an der Spitze, weit vor Zürich (10.8), Genf (9.4) oder Bern (7.4).

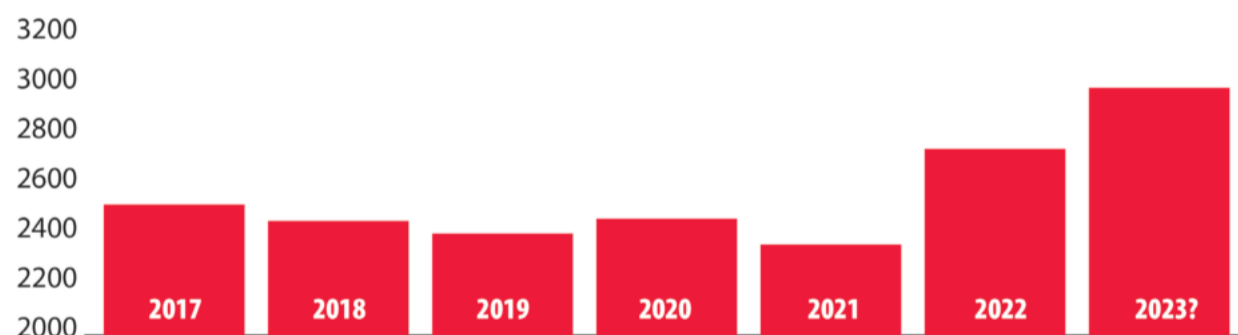
Damit muss Schluss sein! Dieser unhaltbare Zustand muss nun von der Regierung endlich korrigiert werden.

Die SVP fordert:

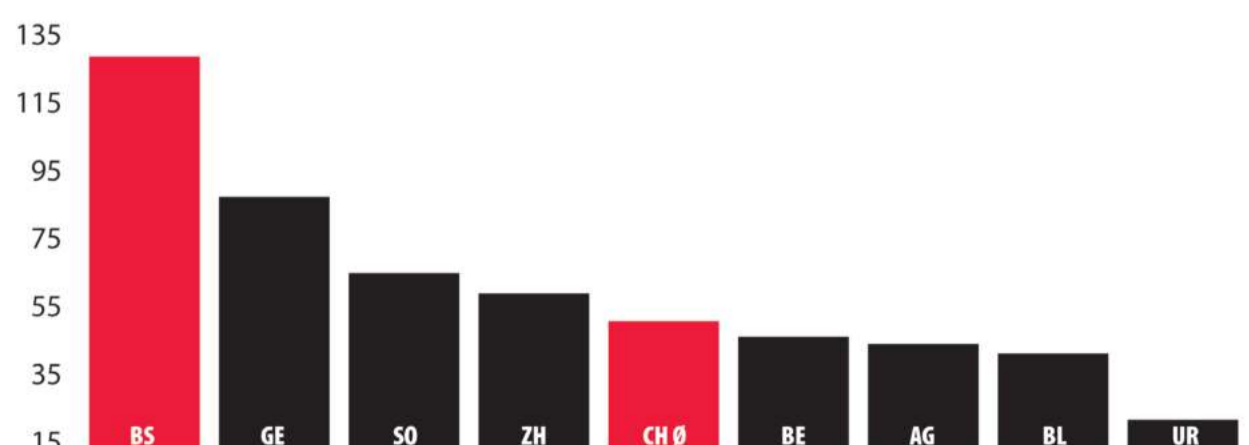
1. Das Polizeikorps muss bessere Arbeitsbedingungen erhalten und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit aufgestockt werden.
2. Die sichtbare Polizeipräsenz im öffentlichen Raum muss ausgebaut werden.
3. An Gewalt- und Kriminalitätshotspots ist eine polizeiliche Videoüberwachung zu installieren.
4. Sicherheitskritische Orte wie bspw. Unterführungen sind besser zu beleuchten.
5. In den Quartieren sind mobile Polizeiposten zu schaffen und die Patrouillen in den Aussenquartieren zu verstärken.

Wer will, dass diese Forderungen sowohl im Parlament als auch in der Regierung endlich mehrheitsfähig werden, muss deshalb unbedingt SVP wählen. Die SVP ist die einzige Partei im Kanton, die sich seit Jahren für die Sicherheit einsetzt.

Die Zahl der Gewaltstraftaten steigt massiv!



Eine Schande: Kriminellster Kanton der Schweiz



Mit Sicherheit nach Hause!

Wer kennt es nicht? Junge Menschen wollen am Wochenende nach dem Club oder nach einem gemütlichen Abend in einer Bar nach Hause. Doch oft ist das Nachhausekommen mühsam, weil man aufgrund des Alkoholkonsums kein Auto mehr benutzen kann, der Öffentliche Verkehr nachts nicht mehr fährt und das Budget für ein Taxi oder UBER zu schmal ist.

Doch gerade in der Dunkelheit ist das Heimlaufen, besonders für (junge) Frauen, sehr unangenehm und gefährlich. Wöchentlich, nahezu täglich, lesen wir von Sexualdelikten in düsteren Gassen oder Unterführungen und von Raubüberfällen an Hotspots wie dem Rheinbord oder der Dreirosenanlage.

Dieser Zustand ist unhaltbar! Es darf nicht sein, dass junge Menschen sich auf dem Nachhauseweg unsicher fühlen müssen! Die Junge SVP kämpft schon lange dafür, dass sich die Situation im öffentlichen Raum endlich verbessert!

Wir fordern deshalb, dass der öffentliche Raum an Hotspots und an weiteren kritischen Orten videoüberwacht wird und Unterführungen oder Passagen endlich angemessen beleuchtet werden.

Es ist an der Zeit, die Realität anzuerkennen. Angesichts der Tatsache, dass Kriminalität auf dem Nachhauseweg oft ein Migrationsproblem ist, fordern wir zudem, dass unsere Grenzen besser geschützt werden und die konsequente Bestrafung und Ausweisung krimineller Ausländer.

Wenn auch Du künftig sicher nach dem Ausgang heimkommen willst, wähle unbedingt die Liste 18 der Jungen SVP Basel-Stadt.

Mehr zu unseren vier Kandidaten erfährst Du auf unserer Homepage www.jsvp-bs.ch und via QR-Code auf dieser Seite.



Unsere Liste 18 v.l.n.r.: Lucas Jacomet, Demi Hablützel, Diandra Bottoni, Joshua Lutz

Zum bereits sechsten Mal tritt die JSVP mit einer eigenen Liste an.



Wir haben mit der Parteipräsidentin Demi Hablützel ein Gespräch über die Ziele der Jungen SVP geführt.

Extrablatt (EB): „Demi, braucht es die JSVP?“

Demi Hablützel (DH): „Klar! Junge Menschen sind der SVP sehr wichtig. Neueste Umfragen zeigen, dass ein Grossteil der Menschen unter 30 Jahren sich zur SVP bekennen. Da ist es wichtig, dass wir diesen Menschen auch in Basel-Stadt eine Stimme und eine bürgerliche Alternative bieten.“

EB: „Werden Junge in der SVP denn ernstgenommen?“

DH: „Sehr sogar! Wir können unsere Anliegen jederzeit deponieren und haben auch im Kantonalvorstand eine starke Stimme. Ich selbst bin seit diesem Jahr Mitglied des Kantonalvorstandes. Pascal Messerli und Laetitia Block sind meine beiden Vorgänger als Präsidenten der Jungen SVP und heute an vorderster Front in der SVP – das hilft enorm.“

EB: „Was sind denn die konkreten Ziele der JSVP?“

DH: „Wir setzen uns für eine freie und unabhängige Schweiz ein und wollen, dass die Schweiz wieder Schweiz wird. Für das muss Schluss mit der unkontrollierten Zuwanderung sein – es kommen noch immer zu viele und die

falschen Ausländer in unser Land. Konkret sehen wir das ja beim Thema Sicherheit.“

EB: „Gutes Stichwort. Das Thema beschäftigt Euch, oder?“

DH: „Ja, sehr sogar. Es ist doch unhaltbar, dass junge Menschen heute fast täglich am Rheinbord überfallen werden oder Frauen nach dem Clubbesuch vergewaltigt werden. Da muss endlich gehandelt werden – häufig handelt es sich ja bei den Tätern um schlecht integrierte junge Ausländer. Es darf nicht sein, dass sich junge Menschen abends nicht mehr in den Ausgang getrauen!“

EB: „Und was wollt ihr dagegen unternehmen?“

DH: Es braucht ein Zusammenspiel aus präventiven und repressiven Massnahmen. Wer beispielsweise schon in jungen Jahren nicht richtig integriert wird, ist später potenziell eine grössere Gefahr für die Gesellschaft. Hier muss angesetzt werden. Gleichzeitig gehören kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft. Darüber hinaus braucht es eine höhere Polizeipräsenz und eine Videoüberwachung an Hotspots ist unerlässlich.



« Es darf nicht sein, dass sich junge Menschen abends nicht mehr in den Ausgang getrauen! »



Die SVP steht für das lokale Gewerbe ein!

Die SVP Basel-Stadt ist die Partei der Gewerbetreibenden! Entsprechend setzen sich unsere Vertreter für eine KMU-freundliche Politik ein. Unsere Gewerbe-Liste für die Nationalratswahlen will dieses Engagement nun auch nach Bern tragen.

Unsere Kandidaten auf der SVP Gewerbe-Liste:

- **Bozidar Nikolic**, Inhaber «Lebensmittelgeschäft zum Nikolic»
- **Florian Omlin**, Landschaftsgärtner, Inhaber einer Gartenbaufirma
- **Daniel Schmid**, Landschaftsgärtner, Inhaber einer Gartenbaufirma
- **Jenny Schweizer**, Mitinhaberin einer Bodenbelagsfirma

Die Schweizer Unternehmen – speziell die kleinen und mittleren Unternehmen – sind als Arbeitgeber Garant des Wohlstands. Wir kämpfen deshalb für mehr unternehmerischen Freiraum und gegen neue Gesetze und Verbote, die die Unternehmen unnötig belasten.

Wo Bürokratie wuchert, wird unternehmerisches Handeln eingeschränkt und die regulatorischen Kosten laufen aus dem Ruder. Die Tendenzen der vergangenen Jahre, immer mehr durch den Staat zu regulieren, die Energie und den Transport zu verteuern und den bürokratischen Aufwand zu vergrössern, sind endlich zu stoppen!

Weil wir die Gewerbeangelegenheiten auch in Bern mit Nachdruck vertreten wollen, treten wir in Basel-Stadt zum ersten Mal mit einer Gewerbe-Liste an. Unsere vier

Nationalratskandidaten auf dieser Liste sind allesamt Inhaber von KMU-Betrieben aus den unterschiedlichsten Bereichen. Sie packen im Alltag an – sie wissen, wo der Schuh drückt.

Wir fordern deshalb:

- Stopp der Überregulierung und ein Abbau von Bürokratie.
- Energie- und Transportpreise dürfen nicht noch weiter ansteigen, weil das schadet und auch die Kunden darunter leiden müssen.
- Steuern, Gebühren und Abgaben für Unternehmen sind zu senken.
- Die Verkehrspolitik muss so ausgerichtet sein, dass Gewerbetreibende barrierefrei zu Kundinnen und Kunden gelangen können.



Unsere Kandidaten der SVP-Gewerbeliste im Einsatz für das Gewerbe

Der älteren Generation Sorge tragen.

Die SVP ist Volkspartei! Jeder ist bei uns herzlich willkommen. Wichtig ist uns, auch zur älteren Generation Sorge zu tragen. Leider gehen diese Menschen in der schnelllebigen Welt vergessen. Dabei waren es sie es, die zum Wohlstand unseres Landes beigetragen haben. Dieser Generation gilt es Sorge zu tragen – deshalb treten wir in Basel-Stadt mit einer eigenständigen Liste SVP60+ an. Unsere Kandidaten geben der älteren Generation eine Stimme.

Wir haben mit dem Kandidaten Oskar Herzig ein Interview über seine Motivation für eine Kandidatur geführt.

Extrablatt (EB): „Wieso finden Sie es wichtig, dass die SVP mit einer Liste 60+ zu den Wahlen antritt?“

Oskar Herzig (OH): „Der älteren Generation eine Stimme zu geben ist wichtig. Ich kenne in meinem Umfeld viele ältere Menschen, die kaum Geld zum Leben haben und jeden Franken zweimal umdrehen müssen. Darauf will ich aufmerksam machen und für sie kämpfen.“

EB: „Umstände oder Missstände?“

OH: „Ja, es handelt sich um einen Missstand. Es kann nicht sein, dass Jemand 40 Jahre hart gearbeitet hat und sich danach nichts mehr leisten kann. Alles wird teurer: Lebensmittel, Energie, Benzin, Krankenkassenprämien und auch die Mieten steigen und steigen. Ich finde das unerträglich!“

EB: „Was kann man denn dagegen konkret unternehmen?“

OH: „Wir müssen unsere Rentner entlasten. Gerade die Lebenshaltungskosten müssen sinken. Unsere Liste 60+ kämpft gegen diese Preisexplosionen.“

EB: „Das macht Sinn. Wo kann man denn noch den Hebel ansetzen?“

OH: Bei der Mehrwertsteuer. Die darf nicht weiter ansteigen,

weil auch dort eine Erhöhung besonders ältere Menschen trifft. Egal ob reich oder arm: Mehr als ein Schnitzel pro Tag kann Niemand essen.“

EB: „Wer ist wir?“

OH: „Das sind unsere drei Kandidaten, die in unterschiedlichen Bereichen gearbeitet haben resp. noch immer tätig sind. Mit Roland Lindner haben wir den schweizweit ältesten Parlamentarier, der als selbständiger Architekt mit beiden Beinen im Leben steht. Mit Beat K. Schaller haben wir eine starke Stimme aus dem Grossen Rat auf der Liste, welcher sich dafür einsetzt, dass ältere Menschen eine Stimme haben. Und meine Erfahrung als Vater und Grossvater, langjähriger Politiker und gut vernetzter Markthändler und Unternehmer ist sicher auch nicht nachteilig, um die Interessen der älteren Generation wirkungsvoll zu platzieren.“



Roland Lindner



Beat Schaller



Oskar Herzig

Für Sie nach Bern: Pascal Messerli in den Ständerat!

Mit Pascal Messerli tritt unser Parteipräsident zur wichtigen Ständeratswahl an. Er ist ein seit vielen Jahren engagierter Grossrat und steht für eine konsequente und verlässliche bürgerliche Politik. Wer sicher sein will, dass bürgerliche Werte für Basel-Stadt im Ständerat vertreten sind, muss deshalb Pascal Messerli wählen.



Im nachstehenden Interview erklärt er, weshalb er in den Ständerat will.

Extrablatt (EB): «Warum haben Sie sich zur Kandidatur entschieden?»

Pascal Messerli (PM): Weil ich der Garant für eine bürgerliche Standesstimme in Bern bin! Anders als die Mitkandidierenden aus dem Lager der SP und der Mitte stehe ich für eine gewerbe- und unternehmerfreundliche Politik ein.»

EB: «Das sagen ja alle Kandidaten von sich. Können Sie das belegen?»

PM: «Ja. Ich bin regelmässig in den Top 10 aller Ratings des Gewerbeverbandes Basel-Stadt und setze mich seit je für eine vernünftige Wirtschaftspolitik ein, damit Unternehmen möglichst gute Rahmenbedingungen vorfinden können. Das kann man von meiner Konkurrenz nicht behaupten.»

EB: «Gerade in der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik wird viel in Bern entschieden. Wie positionieren Sie sich dort?»

PM: «Ich stehe für eine vernünftige Verkehrspolitik und lehne, anders als meine beiden Mitbewerber, ein asoziales Road Pricing-System ab. Eine pragmatische Haltung in Verkehrsfragen ist bei den wichtigen Infrastrukturprojekten wichtig. Dort ist es essenziell, dass ein bürgerlicher Ständerat die Interessen unseres Kantons einbringen kann. Verkehrspolitisch laufen uns, mangels Engagements der bisherigen Vertretungen im Ständerat, die anderen Regionen den Rang ab.»

EB: «Und wo grenzen Sie sich sonst von ihren Mitbewerbern ab?»

PM: «Eindeutig in der Migrations- und Aussenpolitik. Beide Kandidaten sind dagegen, dass wir die

Zuwanderung vernünftig steuern und sie wollen auch den Asylmissbrauch nicht bekämpfen. Im Gegenteil: Der Mitte-Kandidat hat sogar einen Vorstoss eines linksradikalen Grossrats unterstützt, welcher Rückführungen in Schengen-Partnerstaaten verbieten soll. Das ist brandgefährlich!»

EB: «Und in der Aussenpolitik?»

PM: «Gute Beziehungen zur EU sind wichtig. Aber Aussenpolitik hört nicht an der EU-Aussengrenze auf. Unsere Wirtschaft ist auf gute internationale Beziehungen zu allen Staaten angewiesen. Wir brauchen deshalb weitere Freihandelsabkommen. Sich einseitig auf die EU zu versteifen und erpressen zu lassen, ist der falsche Weg.»

EB: «Wo haben Sie weitere Vorteile gegenüber den Mitbewerbern?»

PM: «Als Vertreter der grössten Fraktion im Bundeshaus kann ich die Anliegen unseres Kantons in allen Belangen effektiver vertreten. Gerade in den so wichtigen Dossiers wie der Wirtschafts- und Bildungspolitik sowie der Verkehrs-, Infrastruktur- und Energiepolitik habe ich einen direkten Draht zu den beiden dossierführenden SVP-Bundesräten, die ich seit Jahren persönlich kenne. Das hilft Basel-Stadt.»

EB: «Sie kandidieren nur für den Ständerat. Ein Nachteil?»

PM: «Im Gegenteil! Das zeigt, dass mir diese Kandidatur ernst ist. Ich spekuliere nicht wie Balz Herter auf einen Nationalratsitz oder Regierungssitz. Und anders als Eva Herzog will ich morgen auch nicht Bundesrat werden. Wer mich wählt, weiss, dass ich mich voll und ganz für die baselstädtische Bevölkerung im Ständerat einsetzen will.»



Pascal Messerli: Der einzige bürgerliche Kandidat für Basel-Stadt!

Kandidatenvergleich in wichtigen Fragen	Pascal Messerli, SVP	Balz Herter, Mitte	Eva Herzog, SP
Begrenzung der Zuwanderung	JA	NEIN	NEIN
Legalisierung von illegalen Sans Papiers	NEIN	JA	JA
Verschärfung Asylrecht	JA	NEIN	NEIN
Strengere Einbürgerungsanforderungen	JA	NEIN	NEIN
Strengere Lohngleichheitskontrollen	NEIN	JA	JA
Höhere CO2-Abgaben	NEIN	JA	JA
Einführung von Road Pricing	NEIN	JA	JA
Verbot von Kriegsmaterialexporten	NEIN	JA	JA
Legalisierung Cannabis	NEIN	JA	JA
Motion Goepfert: Aussetzung aller Ausschaffungen (Grosser Rat)	NEIN	JA	-
Gewerberating 2021/22	Platz 9 von 100	Platz 30 von 100	-

National- und Ständeratswahlen 22. Oktober 2023

So wählen Sie richtig!



1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert.



2. Nationalrat:
Wählen Sie eine der folgenden Listen aus:

- SVP Liste 12 oder
- Junge SVP-Liste oder
- SVP Gewerbeliste oder
- SVP 60plus-Liste



3. Trennen Sie die ausgewählte Liste ab und legen Sie diese unverändert ins Stimmcouvert
WICHTIG: Sie dürfen nur **eine** Liste abgeben. Andernfalls ist die Wahl ungültig.



4. Ständerat:
Kreuzen Sie auf dem Ständeratswahlzettel nur den Namen des SVP-Ständeratskandidaten Pascal Messerli an.



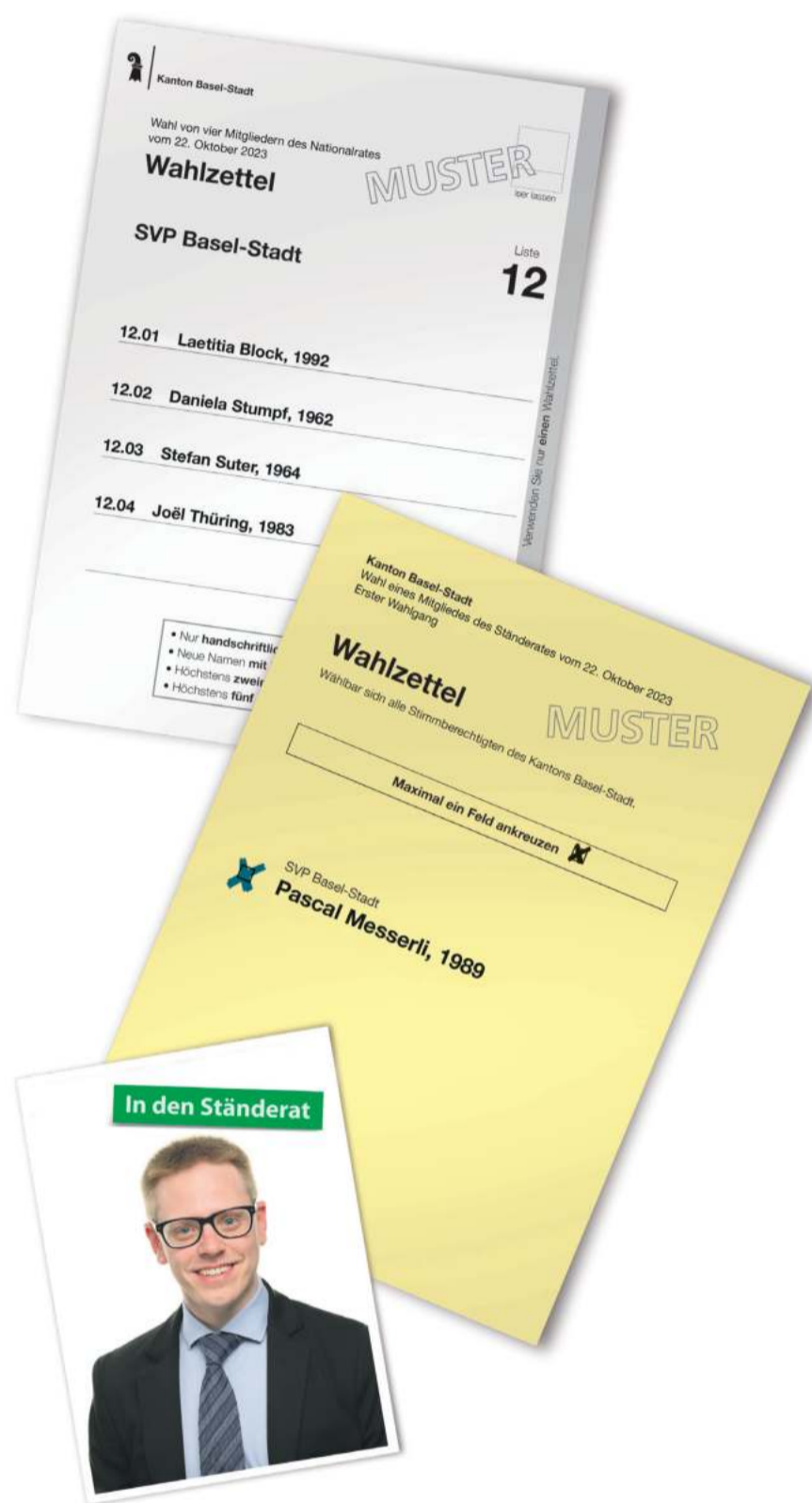
5. Legen Sie den Ständeratswahlzettel ebenfalls ins Stimmcouvert.



6. Legen Sie nun zusätzlich den persönlichen Stimmrechtsausweis ins Stimmcouvert und schliessen Sie dieses.



7. Das Stimmcouvert:
bis 17. Oktober per A-Post aufgeben oder
bis 20. Oktober auf die Gemeinde bringen
oder am 22. Oktober in die Urne werfen.



In den Ständerat
Pascal
Messerli

Für eine
sichere Zukunft
in Freiheit!



Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Ab jetzt können Sie kostenlose kompetente Auskünfte einholen!

Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Schicken Sie Ihre Frage per Mail an
info@svp-basel.ch

oder rufen Sie uns zu Bürozeiten an auf
061 260 29 15